

Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht 2022

Organisationsstruktur der IKB

INNSBRUCKER KOMMUNALBETRIEBE AKTIENGESELLSCHAFT

VORSTAND

DI Helmuth Müller
Vorsitzender des Vorstandes

Dr. Thomas Pühringer
Mitglied des Vorstandes

DI Thomas Gasser, MBA
Mitglied des Vorstandes

SERVICEBEREICHE

Management-Service	Kundenservice	Personal	Informations-technologie	Zentrale Services
Marketing/PR	Unternehmensentwicklung und Innovation	Juristische Services	Vorstands-services und Compliance	Konzernrevision

GESCHÄFTSBEREICHE

Strom-Erzeugung	Wasser	Abfallwirtschaft
Strom-Netz	Abwasser	Telekommunikation
Strom-Vertrieb	Bäder	Energieservices

Organe der Gesellschaft und Governance

Gemäß österreichischem Aktiengesetz leitet der Vorstand der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft die Gesellschaft unter eigener Verantwortung, wie es das Wohl des Unternehmens unter Berücksichtigung der Interessen der Arbeitnehmer:innen, der Aktionär:innen sowie der Öffentlichkeit erfordert. Kollegialität, Offenheit, ständiger Informationsaustausch und kurze Entscheidungswege zählen dabei zu den obersten Prinzipien. Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagements. Nachhaltigkeitsziele und -maßnahmen sind Teil der individuellen Zielvereinbarung im Rahmen des erfolgsabhängigen Bonussystems.

Der Aufsichtsrat der IKB besteht aus insgesamt zwölf Mitgliedern – acht von der Hauptversammlung gewählten Kapitalvertreter:innen und vier entsandten Arbeitnehmervertreter:innen. Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder des Vorstandes und überwacht deren Tätigkeiten. An die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden 40.800,00 Euro an Aufwandsentschädigungen und Aufsichtsratsvergütungen geleistet.

Im Geschäftsjahr 2022 waren als Organe der Gesellschaft tätig:

Vorstand

DI Helmuth Müller (Vorsitzender)
Dr. Thomas Pühringer
DI Thomas Gasser, MBA

Aufsichtsrat

Prof. Dr. Andreas Altmann (Vorsitzender)
Mag. Dr. Erich Entstrasser (Stellvertreter des Vorsitzenden)
DI Johann Herdina
Mag. Hermann Meysel
Mag. David Nagiller, B.Ed.
Mag.^a Sonja Pitscheider
Mag. Markus Stoll
Andreas Wanker

Vom Betriebsrat entsandt:

Christoph Martiner
Markus Paratscher
Verena Steinlechner-Graziadei (bis 30. Juni 2022)
Daniela Staud (seit 1. Juli 2022)
Ing. Michael Tassenbacher

Gesellschaftszweck, Unternehmensgegenstand und Nachhaltigkeit

Die Tätigkeit des Unternehmens hat neben der Gewinnerzielungsabsicht den Bedürfnissen und Interessen der Stadt Innsbruck und ihrer Bewohner:innen zu wirtschaftlich angemessenen und sozial tragbaren Bedingungen zu dienen. Dabei ist dem sparsamen Einsatz von Ressourcen und den Anforderungen des Umweltschutzes im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung Rechnung zu tragen. Im Energiebereich ist besonders auf die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Energiequellen und auf Energieeffizienz zu achten. Gegenstand des Unternehmens ist die Besorgung kommunalwirtschaftlicher Aufgaben aller Art, insbesondere:

- Erzeugung, Verteilung und Vertrieb elektrischer Energie sowie Förderung und Durchführung von Maßnahmen zur Sicherung der Energieeffizienz
- Erzeugung, Anwendung und Verwertung alternativer Energieformen
- Gewinnung, Verteilung und Verwertung von Wasser sowie Förderung und Durchführung von Maßnahmen zur Sicherung der Ressourceneffizienz
- Angelegenheiten der Abwasserwirtschaft
- Angelegenheiten der Abfallwirtschaft
- Betrieb von Verkehrseinrichtungen jeder Art
- Betrieb von Bädern und Freizeitanlagen
- Angelegenheiten der Telekommunikation
- Fernwärme
- Contracting und Energiedienstleistungen

Nachhaltigkeit in der IKB

Für die IKB ist das Thema Nachhaltigkeit ein wesentlicher Schwerpunkt der Unternehmensentwicklung. Nachhaltige Unternehmensentwicklung bedeutet für die IKB, die Bedürfnisse der Bevölkerung in der Region Innsbruck/Tirol ökologisch und sozial verantwortungsbewusst zu erfüllen und gleichzeitig den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens zu stärken. So will die IKB ihren Beitrag dazu leisten, die Lebensqualität im Großraum Innsbruck auch für künftige Generationen zu erhalten. Die Nachhaltigkeitsthemen sind:

Nachhaltige Wirtschaft

- Langfristiger Erhalt qualitativ hochwertiger Infrastruktur
- Förderung der Region (Grundversorgung, Wirtschaftsstandort)
- Kundenzufriedenheit und leistbare Daseinsvorsorge
- Unternehmensethik und Vermeidung von Korruption

Verantwortung gegenüber der Umwelt

- Erneuerbare Energiequellen und innovative, umweltgerechte Energieerzeugung
- Energieeffizienz
- Effiziente Rohstoffnutzung und Kreislaufwirtschaft
- Naturschutz und Vermeidung von Problemstoffen

Verantwortung gegenüber den Menschen

- Gesundheit und Sicherheit
- Chancengleichheit und Inklusion
- Anpassung an den Klimawandel

Mitgliedschaften

Die IKB ist Mitglied in zahlreichen Verbänden und Initiativen. Hier finden Sie einen Auszug:

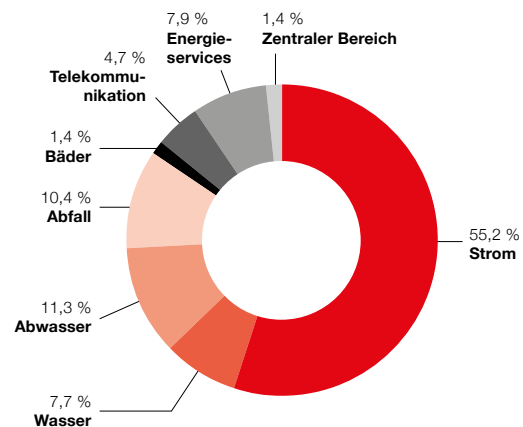
- Energie Tirol
- Erneuerbare Energien
- Fachverband der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen
- Industriellenvereinigung
- Institut für Unterirdische Infrastruktur gGmbH
- Internet Service Providers Austria
- Klimabündnis Österreich
- Lichttechnische Gesellschaft Österreichs
- Netzwerk Passivhaus Österreich
- Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach
- Österreichisches Nationalkomitee der CIREN
- Österreichische Vereinigung für grabenloses Bauen und Instandhalten von Leitungen
- Österreichischer Wasser- und Abfallwirtschaftsverband
- Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik
- Österreichischer Städtebund
- Österreichs E-Wirtschaft
- Rundfunk & Telekom Regulierungs-GmbH
- Tiroler Abfallwirtschaftsverein
- Tiroler Elektrizitätsbeirat
- Träger- und Förderverein für die Errichtung von Technischen Fachhochschulstudiengängen in Tirol (Förderverein Technik)
- Verband der Öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs
- Verband kommunaler Unternehmen Österreichs
- Vereinigung öffentlicher Abfallwirtschaftsbetriebe
- Verein für Ökologie und Umweltforschung
- World Energy Council

AUF EINEN BLICK

Wirtschafts- und Nachhaltigkeitskennzahlen

UMSATZENTWICKLUNG IN TEUR	2020	2021	2022	+/-
Strom	86.162	95.261	124.550	+30,7 %
Wasser	16.544	16.410	17.344	+5,7 %
Abwasser	24.587	24.772	25.451	+2,7 %
Abfall	23.457	23.483	23.395	-0,4 %
Bäder	1.824	1.918	3.186	+66,1 %
Telekommunikation	7.895	9.274	10.636	+14,7 %
Energieservices	14.456	14.857	17.716	+19,2 %
Zentraler Bereich	3.200	3.102	3.206	+3,3 %
SUMME	178.125	189.078	225.484	+19,3 %

UMSATZSTRUKTUR IN TEUR	2022	%
Strom	124.550	55,2 %
Wasser	17.344	7,7 %
Abwasser	25.451	11,3 %
Abfall	23.395	10,4 %
Bäder	3.186	1,4 %
Telekommunikation	10.636	4,7 %
Energieservices	17.716	7,9 %
Zentraler Bereich	3.206	1,4 %
SUMME	225.484	100,0 %



INVESTITIONEN IN TEUR	2020	2021	2022	+/-
Strom	20.122	18.921	17.389	-8,1 %
Wasser	4.698	5.495	15.258	+177,6 %
Abwasser	5.450	9.086	4.451	-51,0 %
Abfall	550	1.282	137	-89,3 %
Bäder	707	1.241	998	-19,6 %
Telekommunikation	4.616	4.474	11.619	+159,7 %
Energieservices	581	2.798	1.295	-53,7 %
Zentraler Bereich	1.236	1.402	1.051	-25,0 %
SUMME *	37.960	44.699	52.198	+16,8 %

*ohne Berücksichtigung von Investitionen ins Finanzanlagevermögen

BILANZ IN TEUR	2020	2021	2022
Aktiva			
Anlagevermögen	484.574	497.421	522.952
Umlaufvermögen	95.707	110.523	118.031
Aktive Rechnungsabgrenzung	52	102	129
Latente Steuern	0	0	0
SUMME	580.333	608.046	641.112
Passiva			
Grundkapital	10.000	10.000	10.000
Rücklagen	394.940	404.147	414.203
Rückstellungen	93.972	93.226	92.907
Verbindlichkeiten	56.711	76.786	105.020
Passive Rechnungsabgrenzung	1.990	1.718	1.626
Bilanzgewinn	22.720	22.169	17.356
SUMME	580.333	608.046	641.112

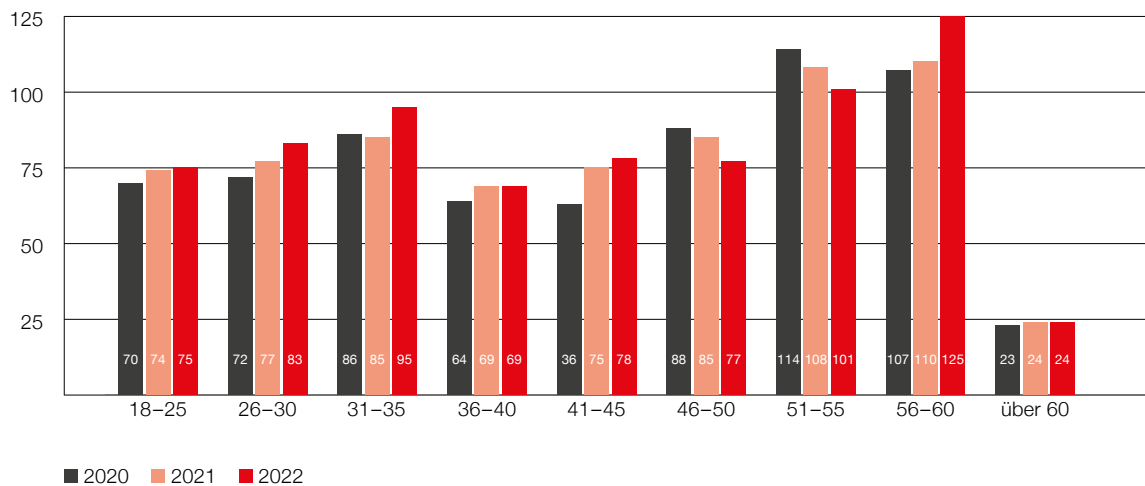
FREMDMITTEL IN TEUR	2020	2021	2022	+/-
Wasserwirtschaftsfondsdarlehen	12	0	0	0,0 %
Sonstige	9.590	9.825	10.913	+11,1 %
SUMME	9.602	9.825	10.913	+11,1 %

CASHFLOW IN TEUR	2020	2021	2022
Ergebnis vor Steuern	32.759	31.177	24.395
Saldo aus nicht finanzwirksamen Aufwendungen und Erträgen	20.406	21.978	18.540
Saldo aus Bestandsveränderungen (Aktiva und Passiva)	2.720	2.218	1.811
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	55.886	55.373	44.746
Cashflow aus Investitionsaktivitäten	-32.439	-35.097	-42.223
Cashflow aus Finanzierungsaktivitäten	-18.923	-3.663	-4.742
Veränderung der flüssigen Mittel	4.523	16.613	-2.219
Anfangsbestand der flüssigen Mittel	40.804	45.327	61.940
Endbestand der flüssigen Mittel	45.327	61.940	59.721

PERSONALAUFWAND IN TEUR	2020	2021	2022
Aktivbezug (IKB + GSB)	47.991	50.349	53.774
Gestellungsentgelt (Faktor Gewinnzuschlag)	2.639	2.390	2.227
Gestellungsentgelt (Faktor Pensions- und Abfertigungszuschlag)	478	303	277
Aufwendungen für Abfertigungen	672	774	854
Aufwand für Altersversorgung	681	766	1.010
SUMME	52.459	54.582	58.142

PERSONALSTAND	2020	2021	2022
Beamten und Beamte	8	6	6
Vertragsbedienstete	124	117	102
IKB-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter	555	584	619
Lehrlinge	41	43	39
SUMME	728	750	766

MITARBEITENDE IN ALTERSGRUPPEN (OHNE LEHRLINGE)



DAUER DER DIENSTVERHÄLTNISSE	2020	2021	2022
Durchschnittliche Dauer (in Jahren)	14,5	14,21	13,47

LAGEBERICHT

gemäß § 243 UGB

WIRTSCHAFTLICHES UMFELD

Das Jahr 2022 war von schwierigen geopolitischen und energiewirtschaftlichen Entwicklungen geprägt. Nach dem starken Wachstum 2021 wuchs die Weltkonjunktur 2022 deutlich langsamer. Insbesondere Europa ist vom Krieg in der Ukraine und den damit verbundenen Folgen (unter anderem hohe Energiepreise) betroffen. Die Auswirkungen der hohen Energiepreise und der Energiekrise in Europa trüben die wirtschaftliche Entwicklung und die hohe Inflation führt zu Realeinkommensverlusten, die den privaten Konsum dämpfen. Für Österreich lag die Konjunktur laut Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) bei immerhin 4,7 Prozent, wobei diese positive Dynamik im Jahr 2023 deutlich abnehmen wird.

Ähnlich wie im Euroraum und der EU insgesamt wurde in Österreich im Oktober 2022 eine historisch hohe Verbraucherpreisinflation gemessen. Neben der kräftigen Verteuerung fossiler Energieträger auf den internationalen Märkten erhöhte auch der im Vergleich zum Dollar schwache Euro die Preise für importierte Waren. Die Inflationsrate hatte in Österreich im Oktober 2022 mit 11 Prozent einen vorläufigen Höchstwert erreicht und war in den beiden Folgemonaten – wie auch im Euroraum – wieder gesunken. Anders als im Durchschnitt des Euroraums setzte sich dieser Rückgang im Jänner 2023 nicht weiter fort.

Der Wirtschaftsaufschwung nach Überwindung der COVID-19-Krise wurde in Österreich von einer deutlichen Ausweitung der Beschäftigung und einem Rückgang der Arbeitslosigkeit begleitet. Neben einem zusätzlichen Arbeitskräftebedarf, der sich durch die anstehende Pensionierungswelle der „Baby-Boomer“ ergibt, dürfte auch – trotz Konjunkturabschwächung – die Stagnation des Arbeitsvolumens ein weiterer Grund sein, weshalb die Unternehmen vermehrt über Arbeitskräftemangel klagen.

Der Ukraine-Krieg löste einen kräftigen Energiepreisauftrieb aus, wodurch sich neben den Verbraucherpreisen auch die Verkaufspreiserwartungen der österreichischen Unternehmen erhöht haben. Letztere waren bereits 2021 im Zuge der Konjunkturerholung und infolge der Lieferengpässe angestiegen. Der Ukraine-Krieg hat diese lebhaftige Preisdynamik weiter beschleunigt.

Die globale Wirtschaftserholung nach Abflauen der COVID-19-Krise hat die Preise für Erdgas und Erdöl deutlich anziehen lassen. Dazu kam in Europa eine von Russland aktiv betriebene Verknappung von Gas, die schon vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine zu einer Explosion der Gaspreise geführt hat.

Der Energiepreisauftrieb und die Ungewissheiten bezüglich der Energieversorgung haben die Unsicherheit ansteigen lassen, und so sind im Geschäftsjahr 2022 die Energiepreise deutlich angestiegen. Der Ölpreis erhöhte sich um mehr als 40 Prozent, der Gaspreis von bereits hohem Niveau um 170 Prozent, der Preis für Kohle um rund 134 Prozent, und auch der Preis für CO₂-Zertifikate stieg deutlich. Beeinflusst von den stark gestiegenen Preisen für Gas und Kohle und, in etwas geringerem Ausmaß, von den ebenso gestiegenen CO₂-Preisen führte dies dazu, dass die Großhandelspreise für elektrische Energie sowohl am Spot- als auch am Terminmarkt stark stiegen. Der durchschnittliche Preis am Spotmarkt der europäischen Strombörse EPEX Spot für Grundlaststromlieferungen (Base) im Marktgebiet Österreich lag im Jahr 2022 mit 262 Euro pro Megawattstunde um 145 Prozent über jenem des Vorjahres.

Der Krieg in der Ukraine, die von der EU gegenüber Russland verhängten Sanktionen und die Gegenreaktionen Russlands tragen weiter zur Verteuerung von Energie bei. So haben sich die Herausforderungen für die Transformation des europäischen Energiesystems in der zeitlichen und sachlichen Dimension schlagartig vergrößert. Sofern die Energiepreise länger hoch bleiben, wird die Inflation auch 2023 kräftig ausfallen, zumal sich die Preissteigerungen erst verzögert auf die Verbraucherpreise niederschlagen. Für Österreich liegen die Prognosen des WIFO für das Wirtschaftswachstum 2023 bei +0,3 Prozent, und so dürfte das BIP damit weitgehend stagnieren.

Das energiewirtschaftliche Umfeld bleibt für die IKB sowie die gesamte Branche herausfordernd. Der eingeleitete Transformationsprozess der Energiemärkte ist weiter im Gange und ergibt in Kombination mit allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, gesetzlichen Vorgaben und nicht zuletzt klimatischen Veränderungen ein äußerst dynamisches und komplexes Umfeld. Die IKB ist aufgrund der Bedeutung des Strom- und Energiegeschäftes im Gesamtportfolio der Unternehmensaktivitäten durch die sich noch verstärkenden Veränderungen in diesen Märkten betroffen.

GESCHÄFTSVERLAUF

Das IKB-Ergebnis für das Geschäftsjahr 2022 ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurückgegangen. Der Jahresüberschuss ist um -21,4 Prozent auf 24,6 Millionen Euro gesunken. Deutlich negativ auf die Ergebnisentwicklung wirkte sich die geringe Stromeigenerzeugung aus. Die IKB-Eigenerzeugung

aus Laufwasserkraft war insbesondere aufgrund des sehr trockenen Sommers im Geschäftsjahr 2022 stark unterdurchschnittlich. Die Mindererzeugung aus Wasserkraft führte dazu, dass hohe Stromzukäufe am Spotmarkt erforderlich waren, um die an Kund:innen verkauften Strommengen liefern zu können. Diese Zukäufe mussten marktbedingt zum Teil zu außerordentlich hohen Preisen erfolgen und belasteten das Ergebnis beträchtlich. Deutlich positiv auf die Ergebnisentwicklung wirkten hingegen eine bilanzielle Zuschreibung zur Kraftwerksgruppe Obere Sill mit 4,6 Millionen Euro und die Auflösung einer Rückstellung für Drohverluste mit 2,0 Millionen Euro. Insgesamt war das Jahr 2022 von einem enormen Anstieg der europäischen Großhandelspreise für Strom und damit einhergehend mit einer gesteigerten Betriebsleistung infolge höherer Umsatzerlöse gekennzeichnet.

Im Strombereich führten höhere Erlöse sowohl im Netz- als auch im Energiebereich zu gegenüber 2021 insgesamt um +29,3 Millionen Euro bzw. +30,7 Prozent gestiegenen Umsatzerlösen. Die Stromeigenerzeugung lag 2022 mit einer Erzeugungsmenge von 279,8 Gigawattstunden um -16,8 Prozent unter dem Vorjahreswert. Die Abgabemenge aus dem Stromnetz an Netzkund:innen im Verteilnetz der IKB ist im Jahr 2022 um -11,4 Gigawattstunden bzw. -1,4 Prozent auf 774,7 Gigawattstunden gesunken. Die Abgabemenge aus dem Energiegeschäft lag mit einem Mengenanstieg von +28,3 Gigawattstunden bzw. +5,1 Prozent über dem Vorjahr.

Mit rund 8,6 Millionen Kubikmetern ist der verrechnete Wasserverbrauch im Vergleich zum Vorjahr um +1,5 Prozent gestiegen. Die zur Verrechnung gelangende Abwassermenge von rund 8,2 Millionen Kubikmetern entwickelte sich mit -0,5 Prozent hingegen gegenüber dem Vorjahr rückläufig.

In der Abfalldéponie Ahrental wurden mit 39.336 Tonnen von der IKB und der Abfallwirtschaft Tirol-Mitte GmbH gegenüber dem Vorjahr um -14 Prozent weniger deponiert. Diese Entwicklung ist unter anderem durch wesentlich geringere Einlieferungen von Baurestmassen bedingt. Weiters wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr 30.777 Tonnen und damit gegenüber dem Vorjahr um -0,9 Prozent weniger Abfälle aus dem Entsorgungsbereich der Stadt Innsbruck der AAG zur Sortierung und Behandlung angeliefert. Bei den gesammelten Abfallmengen (Restmüll und Bioabfall) von 32.420 Tonnen war mit +1,7 Prozent hingegen ein leichter Anstieg zu verzeichnen.

Bei den Bäder- und Saunabetrieben sind die Besucherzahlen von 462.221 im Vorjahr um rund +75 Prozent auf 808.302 im Jahr 2022 angestiegen. Diese Entwicklung ist auch auf das sukzessive Auslaufen von COVID-19-Maßnahmen zurückzuführen.

Im Geschäftsbereich Telekommunikation konnten die

Umsatzerlöse durch Zugewinne in allen Kundensegmenten gegenüber dem Vorjahr um +14,7 Prozent wiederum beträchtlich gesteigert werden.

Im Geschäftsbereich Energieservices sind die Umsätze gegenüber dem Vorjahr um +19,3 Prozent angestiegen, was vor allem auf die Erlöse aus dem Energieverkauf zurückzuführen ist.

Ertragslage

Gegenüber dem Vorjahr sind die Umsatzerlöse um 36,4 Millionen Euro auf 225,5 Millionen Euro bzw. um +19,3 Prozent angestiegen.

Die Umsatzerlöse aus dem Bereich der Stromversorgung sind insgesamt um 29,3 Millionen Euro auf 124,6 Millionen Euro gestiegen. Grund für diesen Anstieg waren vor allem Umsatzzuwächse im Energiegeschäft aufgrund gestiegener Absatzmengen und Marktpreise sowie teilweise weiter verrechenbarer Kosten der Marktgebietstrennung Deutschland/Österreich. Im Stromnetz war ebenfalls ein moderater Anstieg, sowohl im Netz- als auch im Projektgeschäft, zu verzeichnen.

Im Vergleich zum Vorjahr sind 2022 die Umsätze im Abwasserbereich um 0,7 Millionen Euro auf 25,5 Millionen Euro und im Wasserbereich um 0,9 Millionen Euro auf 17,3 Millionen Euro gestiegen. Neben der Mengenentwicklung und durchgeführten Tarifanpassungen ist dies vor allem auf den Geschäftsverlauf im Wasserdienstleistungsgeschäft zurückzuführen. Im Abfallbereich haben sich die Umsatzerlöse mit 23,4 Millionen Euro mit -0,4 Prozent gegenüber 2021 relativ konstant entwickelt. Dabei sind die Erlöse aus der Abfallentsorgung gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Ein Erlösanstieg war hingegen im Recycling und in der Abfallsammlung zu verzeichnen. Die Umsätze in der Telekommunikation konnten mit 10,6 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Millionen Euro über alle Absatzsegmente gesteigert werden.

Bei den Umsatzerlösen aus Energieservices in Höhe von 17,7 Millionen Euro war ein Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 2,9 Millionen Euro – vor allem aus dem Energieverkauf – zu verzeichnen.

In den Erträgen aus dem Abgang von Anlagevermögen von 4,7 Millionen Euro ist mit 4,6 Millionen Euro eine bilanzielle Zuschreibung aus Wertaufholung betreffend die Kraftwerksgruppe Obere Sill enthalten. Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 2,0 Millionen Euro (Vorjahr: 1,1 Millionen Euro) betreffen im Geschäftsjahr 2022 die Auflösung einer Rückstellung für Drohverluste aus Forderungsausfällen im Zusammenhang mit COVID-19.

In den übrigen Erträgen, die im Jahr 2022 gegenüber 2021 um 1,0 Millionen Euro auf 3,8 Millionen Euro gesunken sind, haben insbesondere geringere Erträge aus Förderungen sowie aus der Verrechnung von Schadenersätzen zum Rückgang beigetragen.

Im Materialaufwand zeigt sich eine Steigerung um 35,8 Millionen Euro auf 79,7 Millionen Euro. Diese Entwicklung ist vor allem auf massiv gestiegene Kosten im Energiebezug als Ausfluss der allgemeinen Marktpreisentwicklungen zurückzuführen. Der übrige Materialaufwand ist um 1,1 Millionen Euro gestiegen – vergleichsweise aber von untergeordneter Bedeutung. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen liegen mit 11,7 Millionen Euro um 0,5 Millionen Euro unter dem Vorjahreswert – vor allem durch den Geschäftsverlauf im Projektgeschäft bedingt.

Im Personalaufwand für eigene Mitarbeiter:innen der IKB ist ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 4,3 Millionen Euro auf 46,8 Millionen Euro zu verzeichnen. Der in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesene Personalstellungsaufwand für der IKB zur Dienstleistung zugewiesene städtische Bedienstete ist gleichzeitig mit 11,4 Millionen Euro um 0,7 Millionen Euro zurückgegangen.

Der durchschnittliche Personalstand belief sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 760 Personen (Vorjahr: 736), davon 605 eigene Mitarbeiter:innen der IKB (Vorjahr: 568), 115 von der Stadt Innsbruck zugewiesene Bedienstete (Vorjahr: 128) und 40 Lehrlinge (Vorjahr: 40).

Im Bereich der Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen war gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um rund 0,9 Millionen Euro auf 31,9 Millionen Euro zu verzeichnen. Diese Entwicklung ist durch die laufende hohe Investitionstätigkeit begründet.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 46,2 Millionen Euro sind gegenüber dem Vorjahr um 5,1 Millionen Euro gestiegen. Neben diversen Kostensteigerungen wirkten sich hier insbesondere höhere Instandhaltungsaufwendungen sowie ein Ansteigen der vom Umsatz abhängigen Gebrauchsabgabe aus – vor allem infolge der Entwicklung der Marktpreise im Stromgeschäft.

Der Betriebserfolg beläuft sich damit auf 26,4 Millionen Euro gegenüber 32,8 Millionen Euro im Vorjahr. Das negative Finanzergebnis beträgt 2,0 Millionen Euro und hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr um rund 0,4 Millionen Euro verbessert.

Die Erträge aus Beteiligungen in Höhe von 0,7 Millionen Euro sind gegenüber 2021 um 0,3 Millionen Euro höher ausgefallen. Die Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens sind aufgrund des Wegfalls der Ausschüttung aus der TIGAS-Erdgas Tirol GmbH in Höhe von 1,4 Millionen Euro zum allergrößten Teil entfallen.

Die Aufwendungen aus Finanzanlagen aus verbundenen Unternehmen beinhalten den Jahresverlust der Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH, welcher im Rahmen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages von der IKB zu übernehmen ist. Dieser hat sich stabil entwickelt und

ist mit 2,7 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr konstant geblieben.

Die Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen von 0,8 Millionen Euro betreffen in erster Linie durchgeführte Zuschreibungen aus Wertaufholung bei den Beteiligungsansätzen an der Mussmann GmbH. und an der DAWI Kanalservice GmbH.

Das Ergebnis vor Steuern liegt daher insgesamt mit 24,4 Millionen Euro um 6,8 Millionen Euro unter dem Vorjahreswert.

Die mit 0,2 Millionen Euro positiven Ertragsteuern resultieren aus der Ergebnisentwicklung der maßgeblichen Gruppenmitglieder in der steuerlichen Unternehmenseinheit gemäß § 9 KStG. Das steuerliche Gruppenergebnis der IKB war im Jahr 2022 negativ, es resultierten daraus lediglich Mindestkörperschaftsteuern. In Summe gesehen haben positive Steuerumlagen von Gruppenmitgliedern diese positiven Ertragsteuern im Geschäftsjahr 2022 bewirkt.

Nach Steuern beträgt der Jahresüberschuss im abgelaufenen Geschäftsjahr 24,6 Millionen Euro gegenüber 31,4 Millionen Euro im Vorjahr.

Unter Berücksichtigung der Rücklagenbewegungen und der im Jahr 2022 erfolgten Dividendenausüttungen in Höhe von 22,2 Millionen Euro beläuft sich der Bilanzgewinn per 31. Dezember 2022 auf 17,4 Millionen Euro gegenüber 22,2 Millionen Euro im Vorjahr.

Kennzahlen zur Ertragslage	2021	2022
Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) (Ergebnis vor Steuern + Zinsen und ähnliche Aufwendungen)	32,0 Mio. Euro	25,3 Mio. Euro
Umsatzrentabilität (Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT)/Umsatzerlöse)	16,9 %	11,2 %
Eigenkapitalrentabilität (Ergebnis vor Steuern/durchschnittliches Eigenkapital)	8,1 %	6,2 %
Gesamtkapitalrentabilität (EBIT/durchschnittliches Gesamtkapital)	5,4 %	4,1 %

INVESTITIONEN UND FINANZIERUNG

Das Volumen der getätigten Investitionen in das Anlagevermögen hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 52,7 Millionen Euro betragen. Davon entfielen 1,7 Millionen Euro auf immaterielles Anlagevermögen, 50,5 Millionen Euro auf Sachanlagen und 0,5 Millionen Euro auf Finanzanlagen. Die Investitionen in Sachanlagen betrafen vor allem folgende gesondert nennenswerte Großprojekte: Teilneubau des Trinkwasserstollens Mühlau (Wasserversorgung), Errichtung des Rechenzentrums Mühlau (Telekommunikation) und Umsetzung der Smart-Meter-Umstellung (Stromnetz) sowie diverse Leitungsverlegungen. Das Umlaufvermögen ist gegenüber dem Vorjahr um rund 7,5 Millionen Euro moderat gestiegen.

Die Vorräte haben sich in Summe um 2,4 Millionen Euro erhöht. Auch bei Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen war ein Anstieg um rund 7,3 Millionen Euro zu verzeichnen. Davon entfielen 3,5 Millionen Euro auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und 0,4 Millionen Euro auf Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen sowie 3,4 Millionen Euro auf sonstige Forderungen. Unter Berücksichtigung des Cashflows aus dem laufenden Ergebnis, der Investitionsaktivitäten und der Dividendenzahlungen haben sich die Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 59,7 Millionen Euro um 2,2 Millionen Euro verringert. In den Bankguthaben enthalten sind 35,1 Millionen Euro aus dem saldierten Stand des Konzern-Cash-Pools.

Die Bilanzsumme der IKB beträgt 641,1 Millionen Euro. Das Eigenkapital erreicht mit 393,0 Millionen Euro einen Anteil von 61,3 Prozent am Gesamtkapital. Die Rückstellungen belaufen sich zum 31. Dezember 2022 auf 42,5 Millionen Euro gegenüber 42,8 Millionen Euro im Vorjahr. Der wesentliche Teil davon entfällt auf die sonstigen Rückstellungen, welche von 34,4 Millionen Euro im Vorjahr um 0,8 Millionen Euro auf 33,6 Millionen Euro zurückgegangen sind. Hier hat sich die Auflösung einer Drohverlustrückstellung für auf COVID-19 zurückzuführende – so nicht schlagend gewordene – Forderungsausfälle mit 2,0 Millionen Euro ausgewirkt. Gegenläufig waren in Summe betrachtet negative Effekte aus der Dotierung/Verwendung diverser Personalrückstellungen. Bei den Rückstellungen für Abfertigungen und Pensionen waren moderate Anstiege zu verzeichnen. Hier wurde der Rechnungszinssatz für die Abzinsung dieser langfristigen Rückstellungen der allgemeinen Zinsentwicklung folgend weiter reduziert. Die Steuerrückstellungen haben sich angesichts der aktuellen Steuersituation in der Steuergruppe der IKB gleichbleibend entwickelt.

Die Verbindlichkeiten sind mit Ende des Geschäftsjahrs 2022 in Vergleich zum Vorjahr in Summe um 28,2 Millionen Euro gestiegen. Den wesentlichen Anteil daran haben die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, die sich um 18,8 Millionen Euro auf 40,1 Mo. Euro erhöht haben. Von dieser Erhöhung betreffen 19,2 Millionen Euro Verbindlichkeiten aus dem konzernweiten Cash-Pooling. Die erhaltenen Anzahlungen sind um 5,2 Millionen Euro gestiegen, was vor allem auf eine erhaltene Mietvorauszahlung im Zusammenhang mit der Errichtung des Rechenzentrums Mühlau zurückzuführen ist.

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft bei Kreditinstituten belaufen sich zum 31. Dezember 2022 auf 10,9 Millionen Euro gegenüber 9,8 Millionen Euro zum 31. Dezember 2021. Dieser Schuldenstand entfällt auf sonstige vor allem längerfristige Darlehen bei Kreditinstituten.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ergab im Geschäftsjahr 2022 einen Zufluss von

44,7 Millionen Euro. Der Cashflow aus Investitionsaktivitäten belief sich im Jahr 2022 auf -42,2 Millionen Euro und der Cashflow aus Finanzierungsaktivitäten auf -4,7 Millionen Euro.

In Summe verringerte sich damit der Finanzmittelbestand zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 gegenüber dem Vorjahr um 2,2 Millionen Euro.

Kennzahlen zur Vermögens- und Finanzlage	2021	2022
Anlagenintensität (Anlagevermögen/Gesamtvermögen)	81,8 %	81,6 %
Eigenkapitalquote (Eigenkapital/Gesamtkapital)	64,0 %	61,3 %
Verschuldungskoeffizient (Fremdkapital/Eigenkapital)	56,4 %	63,1 %

RISIKOBERICHT UND FINANZINSTRUMENTE

Die IKB ist aufgrund ihrer vielfältigen Geschäftsbereiche unterschiedlichen operativen und strategischen Risiken ausgesetzt. Risikomanagement wird in der IKB gleichzeitig auch als Chancenmanagement gesehen. Wobei es nicht nur darum geht, Risiken zu vermeiden, sondern diese auch bewusst und im Einklang mit der Unternehmensstrategie und den Unternehmenszielen einzugehen, um unternehmerische Entwicklungsmöglichkeiten wahrzunehmen und gleichzeitig die damit einhergehenden Risiken zu managen.

Oberstes Ziel des Risiko- und Chancenmanagements der IKB ist das Sichern bestehender und das Erschließen zukünftiger Ertragspotenziale. Die unmittelbare Verantwortung liegt bei der Leitung der jeweiligen Unternehmenseinheiten. Ziel ist eine aktive, frühzeitige Identifizierung, Bewertung, begleitende Überwachung und angemessene Bewältigung der wesentlichen, sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirkenden, realen, latenten und potenziellen Risiken.

Das Risikoprofil der IKB ist neben den branchenüblichen Risiken und Ungewissheiten vor allem durch rechtliche, regulatorische und politische Herausforderungen und Veränderungen im Wettbewerbsumfeld geprägt. Diese betreffen die mittelfristige Entwicklung des Gesamtunternehmens und werden mit einem strukturierten Strategieprozess und den daraus abgeleiteten Geschäftsfeldstrategien gesteuert. In einem jährlich wiederkehrenden Strategieprozess werden die Ausrichtung des Unternehmens und der einzelnen Geschäftsbereiche überprüft sowie Anpassungen und Neuausrichtungen vorgenommen. Strategische Vorgaben fließen in die operative Planung und Steuerung ein.

Operationale Risiken, Geschäftsrisiken und Ereignisrisiken werden unternehmensweit erfasst, bewertet und – soweit erforderlich – werden Gegenmaßnahmen festgelegt. Im Allgemeinen begegnet die IKB betrieblichen Risiken mit systematischen Schulungs- und Qualifikationsprogrammen, mit einer

kontinuierlichen Weiterentwicklung der eingesetzten Verfahren und Technologien sowie einer regelmäßigen Wartung der Anlagen und Netze. Darüber hinaus sind versicherbare Risiken in einem wirtschaftlich sinnvollen Umfang durch entsprechende Versicherungsverträge abgedeckt.

In Bezug auf die Energiebeschaffung stellen Mehr- oder Minderverbräuche im Gesamtportfolio oder bei einzelnen Großkund:innen sowie der kurzfristige Zukauf von Ökostrom über dem Marktpreis Risiken dar. Erlösseitig ergeben sich Risiken unter anderem durch die Einflussfaktoren Witterung, Ausfälle von Kundenzahlungen und Kundenverlust durch Lieferantenwechsel. Durch zeitnahes Monitoring der Außenstände, straffes Mahn- und Inkassowesen, Eingehen vorteilhafter Beschaffungsstrategien sowie gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsposition oder die Einführung neuer Produkte werden diese Risiken reduziert.

Die IKB setzt Finanzanlagen, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Guthaben bei Kreditinstituten, Finanzverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen als originäre Finanzinstrumente ein.

Seinerzeit hat die IKB Cross-Border-Leasing-(CBL)-Transaktionen abgeschlossen und dabei langlebige Wirtschaftsgüter langfristig an amerikanische Investor:innen verleast und gleichzeitig mittels eines Finanzierungsleasingvertrags wieder zurückgeleast. Diese CBL-Transaktionen wurden vorzeitig beendet, und damit verbunden gewesene (Rest-)Risiken sind weggefallen. In diesem Zusammenhang wurden nicht sofort auflösbare Teile (sogenannte „Serie-B“) bestehend aus Krediten bei österreichischen Banken sowie die zur Rückführung und Finanzierung dieser Kredite eingerichteten Depots auf die IKB übertragen. Die jeweiligen Depots tilgen die Kredite nun direkt im Namen der IKB. Die in die Bilanz aufgenommenen Werte für diese Finanzierungen und spiegelgleiche Depots notieren in US-Dollar. Es verbleibt das vergleichsweise überschaubare Bonitätsrisiko der beiden europäischen Depotbanken.

Mit der kontinuierlichen Überwachung/Steuerung von Geschäftsrisiken im Management des Energieportfolios sowie im Finanzbereich beschäftigt sich jeweils ein Beirat mit der systematischen Bearbeitung dieser spezifischen Unternehmensrisiken.

Das bei der IKB eingerichtete Risikomanagementsystem beschäftigt sich mit potenziell bestandsgefährdenden Risiken auf Ebene des Gesamtunternehmens und ist folglich stark auf die Zukunft ausgerichtet. Im Rahmen des Risikomanagements kommt dem intern prozessbezogenen Kontrollsystem (IKS) der IKB eine besondere Rolle zu. Das bei der IKB eingerichtete IKS ist in die Kernprozesse und Arbeitsabläufe des Unternehmens integriert, dadurch sollen Fehler verhindert bzw. zeitgerecht aufgedeckt und korrigiert werden.

Dieses IKS stellt sicher, dass relevante Geschäftsprozesse und deren wesentliche Risiken erfasst sind und Risiken durch entsprechende Kontrollen minimiert werden.

Die interne Revision prüft die Abwicklung der Geschäftsprozesse sowie das IKS. Die einzelnen Prüfungen erfolgen auf Basis des vom Vorstand verabschiedeten Revisionsprogramms und werden um Sonderprüfungen ergänzt. Die Revisionsberichte umfassen Empfehlungen und Maßnahmen, eine periodische Nachverfolgung stellt die Umsetzung vorgeschlagener Verbesserungen sicher.

Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie waren auch für die IKB in ihrer betrieblichen Tätigkeit deutlich spürbar – wenn auch aufgrund des robusten Geschäftsmodells geringer als in vielen anderen Branchen. Gleichzeitig sind die gesamtwirtschaftlichen und energiewirtschaftlichen Risiken (massive Preissteigerungen, drohende Zahlungsausfälle bei Kund:innen, Markteingriffe und Methoden der staatlichen Ergebnisabschöpfung) stark gestiegen.

Die mittel- und längerfristigen Auswirkungen der Energiekrise auf die wirtschaftliche Situation der Kund:innen der IKB und daraus resultierende Konsequenzen für die IKB sind derzeit noch schwer einschätzbar, werden jedoch auch Einfluss auf die künftige Ergebnisentwicklung der IKB haben.

Gegenwärtig sind weder aktuell noch für die Mittelfristbetrachtung Risiken zu erkennen, die isoliert oder in Wechselwirkung mit anderen Risiken bestandsgefährdende Auswirkungen für die IKB haben könnten. Zur Abwendung gegenwärtiger Risikoszenarien wurden ausreichend Vorkehrungen getroffen.

NACHHALTIGKEIT: UMWELT – PERSONAL

Die nachhaltige Entwicklung des Unternehmens ist seit jeher ein klarer Auftrag der Eigentümerinnen an die IKB. Eine ausgewogene Berücksichtigung ökonomischer, ökologischer und sozialer Aspekte prägt seit Jahren das Handeln der IKB und ist in der Satzung des Unternehmens verankert. Als das Ver- und Entsorgungsunternehmen Innsbrucks zeichnet sich die IKB für eine langfristige Sicherung der Daseinsvorsorge verantwortlich. Die Erfüllung dieser Aufgabe setzt langfristig orientiertes Planen und Handeln voraus. Um die hohe Umwelt- und Lebensqualität in der IKB-Region aufrechtzuerhalten, wird laufend in innovative und moderne Infrastruktur investiert. Dabei wird dem sparsamen Einsatz von Ressourcen und den Anforderungen des Umweltschutzes im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung entsprechend Rechnung getragen.

Nachhaltigkeit ist damit in der Unternehmensstrategie verankert und wird nach innen und nach außen gelebt. Für die IKB ist das Thema Nachhaltigkeit ein wesentlicher Schwerpunkt der Unternehmensentwicklung. Nachhaltige Unternehmensentwicklung

bedeutet für die IKB, die Bedürfnisse der Bevölkerung in der Region Innsbruck/Tirol ökologisch und sozial verantwortungsbewusst zu erfüllen und gleichzeitig den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens zu sichern. So leistet die IKB ihren Beitrag, die Lebensqualität im Großraum Innsbruck auch für künftige Generationen zu erhalten.

Die IKB hat folgende vier Topthemen für Nachhaltigkeitsschwerpunkte mittels Durchführung einer Wesentlichkeitsanalyse ermittelt und festgelegt: „Klimaschutz: Erneuerbare Energien und Energieeffizienz“, „Langfristiger Erhalt der Infrastruktur und der Versorgungssicherheit“, „Naturschutz und Anpassung an die Klimakrise“ sowie „Ressourcen und Kreislaufwirtschaft“. Diese Wesentlichkeitsanalyse wurde 2019 aktualisiert, es wurden in die Analyse sowohl externe Anspruchsgruppen als auch Mitarbeiter:innen der IKB eingebunden.

Die Top-Nachhaltigkeitsthemen wurden im Zuge der Überarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie mit Nachhaltigkeitszielen hinterlegt. Diese erhalten eine auf Standards der Global Reporting Initiative (GRI) basierende vollständige GRI-Kernberichterstattung und wurden mit konkreten Maßnahmen unterlegt. Neben diesen vier Top-Themen sind auch weitere Nachhaltigkeitsthemen für die IKB relevant und sind auch diese mit Maßnahmen hinterlegt – jedoch erfolgt dafür kein umfängliches Reporting im Sinne der GRI. Während die ökonomischen Aspekte in anderen Teilen des Lageberichtes umfassend dargelegt werden, ist das Nachhaltigkeitsprogramm der IKB samt Maßnahmen im Detail dem aktuellen integrierten Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht zu entnehmen. Dieser Bericht orientiert sich neben den Standards der GRI auch an den von den Vereinten Nationen verabschiedeten „Sustainable Development Goals“, die eine nachhaltige Entwicklung auf globaler Ebene anstreben.

Die IKB hat sich seit ihrer Gründung über mehrere Entwicklungsphasen von einem monopolorientierten Stadtwerk für Innsbruck zu einem breit aufgestellten (diversifizierten) Infrastrukturdienstleistungsunternehmen mit hoher Ertragskraft entwickelt, das zunehmend seine Geschäftsaktivitäten auch am freien Markt in ganz Tirol unternimmt.

Die IKB-Vision lautet: „Wir wollen die führende Anbieterin von (kommunalen) Energie- und Infrastruktur-lösungen aus einer Hand und das kundenfreundlichste Unternehmen in Tirol werden. Wir verbinden Ökologie und Ökonomie. So schaffen wir Lebensqualität und sichern den Wirtschaftsstandort für die nächsten Generationen.“ Aus dieser Vision wurden die strategischen Ziele abgeleitet. Die aus der Vision abgeleiteten strategischen Ziele für die IKB lassen sich in folgende fünf Zielfelder einteilen: Kundinnen und Kunden, Ver- und Entsorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und Innovation, Eigentümerinnen und Wertschöpfung sowie Team. Zu diesen Kategorien/

Perspektiven wurden konkrete Ziele und Maßnahmen entwickelt und in der IKB-Dachstrategie verankert. Alle Geschäftsbereiche leisten zu diesen Schwerpunktthemen ihre Beiträge.

Um diese Vision der IKB zu realisieren, wird die Strategie des Unternehmens laufend überprüft und gegebenenfalls an geänderte Rahmenbedingungen angepasst. Die Unternehmensstrategie der IKB wird im Rahmen eines jährlichen Strategie-Reviews einer revolvierenden Überarbeitung unterzogen. Anlässlich des 2022 durchgeführten Strategie-Reviews wurde die schlüssige und durchgängige Verbindung von den strategischen Zielen der Dachstrategie zu den strategischen Zielen und Schwerpunkten der Bereichsstrategien konsequent fortgeführt.

Die Auswirkungen der sich im Bearbeitungszeitraum abzeichnenden Verwerfungen auf den Energiemärkten wurden berücksichtigt. Für das strategische Ziel „Klimaneutralität 2030“ wurde eine Dekarbonisierungsstrategie entwickelt. Im Strategie-Review wurden auch die Rolle des Geschäftsbereiches Informationstechnologie noch weiter geschärft sowie intern verankert und eine „Digitalisierungs-Roadmap“ erarbeitet, die als Grundlage für eine schrittweise und priorisierte Umsetzung der zahlreichen Digitalisierungsvorhaben dient.

Die Mitarbeiter:innen der IKB tragen wesentlich zum Erfolg des Unternehmens bei. Ihr Engagement und ihr unternehmerisches Handeln ermöglichen eine laufende Weiterentwicklung und die Umsetzung der IKB-Strategie. Mit sich wandelnden Rahmenbedingungen gehen zahlreiche Impulse zur unternehmerischen Weiterentwicklung einher. Die Wirksamkeit derartiger Veränderungsprozesse ist wesentlich davon abhängig, inwiefern die Mitarbeiter:innen diese mittragen. Dazu werden auch periodisch wiederkehrende Mitarbeiterbefragungen durchgeführt. Aufbauend auf deren Ergebnisse und dem Feedback dazu werden Rückschlüsse gezogen und bedarfsorientiert Maßnahmen gesetzt, um die Zufriedenheit der Belegschaft auf hohem Niveau zu halten.

Das Rekrutieren und Halten qualifizierten Personals stellt nach wie vor eine zentrale Herausforderung für die IKB dar. Zu deren Bewältigung wurde ein Prozess aufgesetzt, der darauf abzielt, eine Unternehmenskultur zu schaffen, in der Menschen gerne und gut arbeiten. In diesem Zusammenhang wurden bereits drei Projekte gestartet, mittels derer die Attraktivität der IKB als Arbeitgeberin weiter gesteigert werden soll.

Forschung und Entwicklung im engeren Sinne betreibt die IKB keine. Trends in sich verändernden Märkten werden jedoch laufend beobachtet, um Innovationen rasch aufzugreifen und den Kund:innen innovative Produkte und Dienstleistungen anbieten zu können bzw. die bestehende Produktpalette weiterzuentwickeln.

AUSBLICK

Der Internationale Währungsfonds blickt optimistischer auf das globale Wachstum. Grund ist auch Chinas Abkehr von der strengen Null-COVID-Politik. Der Weltwirtschaft insgesamt hatte der IWF im vergangenen Oktober ein Wachstum für 2023 von 2,7 Prozent vorausgesagt – diese Prognose wurde heuer im Jänner auf 2,9 Prozent angehoben. Nach wie vor liegt das globale Wachstum allerdings im Vergleich zu den vergangenen zwei Jahrzehnten unter dem „historischen Durchschnitt“. In der Eurozone erwartet der IWF für 2023 nunmehr ein Wachstum von 0,7 Prozent – gegenüber 0,5 Prozent in der Oktoberprognose. Laut Währungsfonds hat sich Europa schneller als erwartet an die höheren Energiekosten angepasst, und eine Entspannung bei den Preisen vor allem für Gas habe der Region geholfen. Insgesamt erweise sich Europa angesichts der Auswirkungen des Ukraine-Krieges „widerstandsfähiger als erwartet“. Der internationale Konjunkturabschwung hat im zweiten Halbjahr 2022 auch die österreichische Wirtschaft erfasst.

Die allmähliche Entspannung auf den Energiemärkten dämpft die Inflation und dürfte dazu beitragen, dass sich die Stimmung im Lauf der Zeit verbessert und die Konjunktur wieder anzieht. Die Wirtschaft (+4,7 Prozent) und der Arbeitsmarkt erholten sich 2022 in Österreich deutlich. Für 2023 rechnet das WIFO mit einem weitgehend stagnierenden BIP von +0,3 Prozent. Aufgrund der schwierigen Prognostizierbarkeit der weiteren Entwicklung des Krieges in der Ukraine sowie der Herausforderungen durch Energiekrise und Lieferkettenprobleme bei gleichzeitig hohen Commodity-Preisen und damit verbundener hoher Inflation sind diese Prognosen allerdings mit hohen Unsicherheiten verbunden.

Die globale Wirtschaftserholung nach Abflauen der COVID-19-Krise hat die Preise für Erdgas und Erdöl deutlich anziehen lassen. Dazu kam in Europa eine von Russland aktiv betriebene Verknappung von Gas, die schon vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine zu einer Explosion der Gaspreise geführt hatte. Damit einhergehende Ungewissheiten bezüglich der Energieversorgung haben die Unsicherheit ansteigen lassen und die Energiepreise 2022 sowohl am Spot- als auch am Terminmarkt nach oben getrieben. Die Endverbraucherpreise hinken den Großhandelspreisen beträchtlich hinterher, trotzdem zeichnet sich ein erheblicher Schock auf die Terms of Trade, die Handelsbilanz, die Verbraucherpreise und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie ab. Seit Jahren beschäftigt Europa die Energiewende, also der Umbau des gesamten Energiewirtschaftssystems von fossilen oder atomaren Energieträgern hin zu den sogenannten „Erneuerbaren“ – also umweltfreundliche, regenerative und CO₂-freie Energien wie Wasserkraft, Sonne, Wind oder Biomasse. Der euro-

päische Strommarkt, dessen genereller Umbau durch den wachsenden Anteil an erneuerbaren Technologien, die zunehmende dezentrale Erzeugungsstruktur und neue Anforderungen für Netze und Speicher gekennzeichnet ist, bleibt damit weiterhin herausfordernd. Auf Basis der Beschlüsse des Klimagipfels von Paris wurde das „Clean Energy Package“ der EU abgeschlossen, welches den allmählichen Wandel zu einer CO₂-neutralen EU-Wirtschaft bis 2050 beinhaltet. Für die EU wurde bis 2030 die Steigerung des erneuerbaren Anteils auf 32 Prozent gemessen am Bruttoenergieverbrauch und die Steigerung der Energieeffizienz um mindestens 32,5 Prozent mit Bezug auf das Jahr 2005 jeweils als verpflichtendes Ziel festgelegt. Zentrale Elemente dafür sind sowohl die Effizienzsteigerung als auch die Dekarbonisierung von Raumklimatisierung, Industrie und Verkehr. Über neu definierte Marktteilnehmer wie Prosumer, lokale Energiegemeinschaften und Aggregatoren soll der Wandelprozess auch hin zur Dezentralisierung beschleunigt werden. Dekarbonisierung ist ein zentrales Instrument des Klimaschutzes und ein Hauptpfeiler der Energiewende.

Österreich hat sich zum Ziel gesetzt, ab 2030 den Strombedarf (bilanziell über das Jahr gerechnet) ausschließlich aus erneuerbaren Energieträgern zu decken und strebt ab 2040 Klimaneutralität an. Zur Erreichung dieser Ziele sind hohe Investitionen in den Ausbau der Erzeugungskapazitäten genauso wie in die Netzinfrastruktur notwendig. Der nationale Energie- und Klimaplan enthält eine Reihe von Maßnahmen, von denen vor allem die E-Mobilitätsinitiative/Ladeinfrastruktur, erneuerbare Wärme, thermische Gebäudesanierung, das Photovoltaik-Ausbauprogramm sowie Dezentralisierung/Digitalisierung für die IKB von höherer Bedeutung sind.

Das am 7. Juli 2021 durch den österreichischen Nationalrat beschlossene Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzespaket („EAG-Paket“) schafft dafür die rechtlichen Rahmenbedingungen und damit auch die notwendige Investitionssicherheit. Mit dem EAG und den begleitenden Gesetzesänderungen soll der Ausbau von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbarer Energie vorangetrieben werden.

Das energiewirtschaftliche Umfeld bleibt für die IKB sowie die gesamte Branche herausfordernd. Das Stromsystem der Zukunft wird fragmentierter, dezentraler und heterogener sein. Dieser – unter den Schlagworten Dekarbonisierung, Dezentralisierung und Digitalisierung zusammengefasste – Transformationsprozess der Energiemärkte ist weiter im Gange und ergibt in Kombination mit allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, gesetzlichen Vorgaben und nicht zuletzt klimatischen Veränderungen ein äußerst dynamisches und komplexes Umfeld. Die spezifischen energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die IKB lassen sich als durchwachsen positiv beschreiben. Insgesamt betrachtet setzte sich

die Erholung der Großhandelspreise für Strom in Europa weiter fort, wovon die IKB mit ihrer stabilen und umweltfreundlichen Stromerzeugung aus heimischer Wasserkraft profitieren kann.

Gleichzeitig sind die gesamtwirtschaftlichen und energiewirtschaftlichen Risiken (massive Preissteigerungen, rechtliche Unsicherheiten, drohende Zahlungsausfälle bei Kund:innen, Markteingriffe/staatliche Methoden zur Ergebnisabschöpfung) stark gestiegen. Die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen sind aktuell nur schwer einschätzbar.

Das Strompreisniveau stellt einen wesentlichen Werttreiber für die wirtschaftliche Entwicklung der IKB dar. Von der IKB wird der Strom, welcher nicht in den eigenen Wasserkraftwerken erzeugt werden kann, beim Landesenergieversorger TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG gemäß der zugrundeliegenden Beschaffungsstrategie (Back-to-Back oder rollierende Beschaffung) zugekauft.

Im Strom-Vertrieb ist eine Preisanpassung im Massenkundensegment in Vorbereitung, welche zum 1. Juni 2023 wirksam werden soll. Aufgrund von strittigen rechtlichen Rahmenbedingungen und im Raum stehenden Klagsdrohungen werden derzeit alle Varianten für eine möglichst rechtssichere Umsetzung dieser Preisanpassung evaluiert.

Im Strom-Netz-Bereich begann mit 1. Jänner 2019 die vierte, wiederum fünfjährige, Regulierungsperiode. Das Strom-Netz-Geschäft steht durch regulatorische Eingriffe (Effizienzvorgaben, Smart-Meter-Einführung) unter erheblichem Ergebnisdruck. Vergleichsweise stabil entwickeln sich die Geschäftsfelder Wasser, Abwasser, Abfall und Bäder. Die Ergebnisentwicklung in den jüngeren, teilweise noch kleinen Geschäftsfeldern (Servicegeschäft Strom-Netz, Wasser-Dienstleistungen, Telekommunikation, Energieservices) schreitet derzeit stetig voran.

Die mittel- und längerfristigen Auswirkungen der Energiekrise auf die wirtschaftliche Situation der Kund:innen der IKB und daraus resultierende Konsequenzen für den IKB-Konzern können derzeit noch nicht abschließend beurteilt werden. Aufgrund des risikoaversen Geschäftsmodells der IKB als breit aufgestelltes Infrastrukturunternehmen und auch der finanziellen Kraft des Unternehmens ist zu erwarten,

dass sich die IKB sich weiter zu einer der führenden Anbieter:innen von Energielösungen und kommunaler Infrastruktur in Tirol entwickelt. Die zunehmende Verknappung des Arbeitsmarktes bringt dabei einen hohen Wettbewerbsdruck um qualifizierte Facharbeitskräfte mit sich.

Die kommenden Jahre werden für die IKB aber auch durch herausfordernde energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen wie insbesondere den starken Anstieg der Energiepreise gekennzeichnet sein. Dem wird die IKB mit der konsequenten Fortführung der eingeschlagenen Strategie begegnen.

Zur Unterstützung dieser strategischen Grundausrichtung trägt auch das geschärfte Unternehmensprofil der IKB bei. Im Mittelpunkt stehen weiterhin eine konsequente Kundenorientierung und der Ausbau von Geschäftsaktivitäten auf Basis des organischen Wachstums und mit Fokus auf die Kernkompetenzen des Unternehmens.

Angesichts multipler externer Krisen zeigt sich die IKB als sehr stabiles Unternehmen. Mittels eines professionellen und flexiblen Krisenmanagements konnte das Jahr 2022 abermals erfolgreich bewältigt werden. Das risiko- und krisenaverse Geschäftsmodell der IKB als breit aufgestelltes Infrastrukturunternehmen über zahlreiche Wertschöpfungsebenen hat sich insgesamt bestens bewährt. Die Streuung der Geschäftsaktivitäten wirkt für die gesamte Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens stabilisierend. Im kommenden Jahr wird wegen des angespannten wirtschaftlichen Umfelds allerdings mit steigenden Forderungsausfällen bei Kund:innen gerechnet.

Nach dem bisherigen Geschäftsverlauf im Jahr 2023 ist trotz schwierigerer und unsicherer Rahmenbedingungen auch weiterhin von einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung auszugehen. Für die kommenden Jahre hängt die wirtschaftliche Entwicklung vor allem von den weiteren Entwicklungen im Krieg in der Ukraine ab.

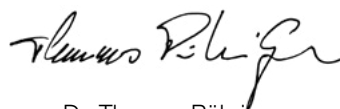
Gleichzeitig sind wir überzeugt, dass für die IKB aufgrund des krisenaversen Geschäftsmodells und auch der finanziellen Kraft trotz teilweise schwierigerer Rahmenbedingungen ein solider Kurs möglich und der Fortbestand des Unternehmens gesichert ist.

Innsbruck, am 14. April 2023

Der Vorstand



DI Helmuth Müller
Vorsitzender des Vorstandes



Dr. Thomas Pühringer
Mitglied des Vorstandes



DI Thomas Gasser, MBA
Mitglied des Vorstandes

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2022

(Beträge in Euro)

AKTIVA	31.12.2022 31.12.2021	
	EUR	TEUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	11.771.270,25	12.708
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	8.615,35	8
	11.779.885,60	12.716
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	114.759.591,39	114.101
2. Technische Anlagen und Maschinen	328.115.723,80	321.059
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.469.612,29	6.987
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	29.819.232,37	12.349
	480.164.159,85	454.496
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	12.025.053,79	11.225
2. Beteiligungen	1.396.798,83	1.397
3. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	17.586.104,38	17.587
	31.007.957,00	30.209
	522.952.002,45	497.421
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.295.996,26	2.012
2. Noch nicht abrechenbare Leistungen	1.398.130,18	1.281
	5.694.126,44	3.293
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 46.769.739,23 (VJ TEUR 39.611)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 5.846.201,46 (VJ TEUR 5.679)		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	24.419.656,81	20.929
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 24.419.656,81 (VJ TEUR 20.929)		
2. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	3.729.746,03	3.346
davon Steuerumlage EUR 326.238,45 (VJ TEUR 141)		
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 2.725.369,97 (VJ TEUR 1.994)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 1.004.376,06 (VJ TEUR 1.352)		
3. Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.159.196,89	1.124
davon Steuerumlage EUR 102.442,85 (VJ TEUR 79)		
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 1.159.196,89 (VJ TEUR 1.124)		
4. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	23.307.340,96	19.891
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 18.465.515,56 (VJ TEUR 15.563)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 4.841.825,40 (VJ TEUR 4.327)		
	52.615.940,69	45.290
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	59.721.160,14	61.940
	118.031.227,27	110.523
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
	128.737,41	102
SUMME AKTIVA	641.111.967,13	608.046

PASSIVA	31.12.2022 31.12.2021	
	EUR	TEUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Eingefordertes und eingezahltes Grundkapital		
	10.000.000,00	10.000
II. Kapitalrücklagen		
1. Gebundene	4.036,99	4
2. Nicht gebundene	193.263.381,80	191.810
	193.267.418,79	191.814
III. Gewinnrücklagen		
1. Gesetzliche Rücklage	995.962,72	996
2. Andere Rücklagen (freie Rücklagen)	171.399.133,98	163.884
	172.395.096,70	164.880
IV. Bilanzgewinn		
davon Gewinnvortrag EUR 0,00 (VJ TEUR 0)		
	17.355.652,60	22.169
	393.018.168,09	388.863
B. INVESTITIONSZUSCHÜSSE		
	48.539.844,62	47.452
C. BAUKOSTENBEITRÄGE		
	50.421.819,97	50.447
D. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellungen für Abfertigungen	4.759.541,00	4.628
2. Rückstellungen für Pensionen	4.023.346,00	3.671
3. Steuerrückstellungen	91.664,00	92
4. Sonstige Rückstellungen	33.611.063,00	34.389
	42.485.614,00	42.780
E. VERBINDLICHKEITEN		
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 93.613.546,92 (VJ TEUR 66.476)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 11.406.569,74 (VJ TEUR 10.310)		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.912.601,58	9.825
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 725.605,04 (VJ TEUR 830)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 10.186.996,54 (VJ TEUR 8.995)		
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	7.021.059,95	1.820
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 6.500.185,74 (VJ TEUR 1.250)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 520.874,21 (VJ TEUR 571)		
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	23.303.950,37	25.668
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 22.605.251,38 (VJ TEUR 24.924)		
davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 698.698,99 (VJ TEUR 744)		
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	40.113.406,49	21.356
davon Steuerumlage EUR 158.253,27 (VJ TEUR 0)		
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 40.113.406,49 (VJ TEUR 21.356)		
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	9.930.690,62	5.710
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 9.930.690,62 (VJ TEUR 5.710)		
6. Sonstige Verbindlichkeiten	13.738.407,65	12.407
davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 13.738.407,65 (VJ TEUR 12.407)		
davon aus Steuern EUR 3.849.107,10 (VJ TEUR 5.636)		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 955.689,11 (VJ TEUR 869)		
	105.020.116,66	76.786
F. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
	1.626.403,79	1.718
SUMME PASSIVA	641.111.967,13	608.046

ANLAGENSPIEGEL 2022

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen						Buchwert	
	zum 1.1.2022	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	zum 31.12.2022	zum 1.1.2022	Zugänge	Abgänge	Zuschreibungen	Umbuchungen	zum 31.12.2022	zum 31.12.2022	zum 31.12.2021
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	35.088.884,96	1.646.895,77	97.797,78	224.218,63	36.862.201,58	22.380.162,81	2.808.566,30	97.797,78	0,00	0,00	25.090.931,33	11.771.270,25	12.708.722,15
2. Geleistete Anzahlungen	7.755,35	8.615,35	0,00	-7.755,35	8.615,35	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.615,35	7.755,35
Summe immaterielles Anlagevermögen	35.096.640,31	1.655.511,12	97.797,78	216.463,28	36.870.816,93	22.380.162,81	2.808.566,30	97.797,78	0,00	0,00	25.090.931,33	11.779.885,60	12.716.477,50
II. Sachanlagen													
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	300.394.282,32	978.786,75	65.301,52	468.845,57	301.776.613,12	186.293.794,06	5.337.987,68	48.717,52	4.566.042,49	0,00	187.017.021,73	114.759.591,39	114.100.488,26
2. Technische Anlagen und Maschinen	679.945.079,00	21.999.639,75	6.000.387,39	5.858.594,06	701.802.925,42	358.885.774,11	20.718.581,58	5.912.973,23	4.180,84	0,00	373.687.201,62	328.115.723,80	321.059.304,89
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	36.824.699,61	2.876.678,19	2.495.235,88	673.519,05	37.879.660,97	29.837.351,32	3.053.843,24	2.481.145,88	0,00	0,00	30.410.048,68	7.469.612,29	6.987.348,29
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	12.348.932,88	24.687.721,45	0,00	-7.217.421,96	29.819.232,37	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	29.819.232,37	12.348.932,88
Summe Sachanlagen	1.029.512.993,81	50.542.826,14	8.560.924,79	-216.463,28	1.071.278.431,88	575.016.919,49	29.110.412,50	8.442.836,63	4.570.223,33	0,00	591.114.272,03	480.164.159,85	454.496.074,32
III. Finanzanlagen													
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	23.109.620,27	0,00	0,00	0,00	23.109.620,27	11.884.566,48	0,00	0,00	800.000,00	0,00	11.084.566,48	12.025.053,79	11.225.053,79
2. Beteiligungen	1.396.798,83	0,00	0,00	0,00	1.396.798,83	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.396.798,83	1.396.798,83
3. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	17.612.966,84	510.373,60	422.363,90	0,00	17.700.976,54	25.988,15	102.001,73	13.117,72	0,00	0,00	114.872,16	17.586.104,38	17.586.978,69
Summe Finanzanlagen	42.119.385,94	510.373,60	422.363,90	0,00	42.207.395,64	11.910.554,63	102.001,73	13.117,72	800.000,00	0,00	11.199.438,64	31.007.957,00	30.208.831,31
SUMME ANLAGEVERMÖGEN	1.106.729.020,06	52.708.710,86	9.081.086,47	0,00	1.150.356.644,45	609.307.636,93	32.020.980,53	8.553.752,13	5.370.223,33	0,00	627.404.642,00	522.952.002,45	497.421.383,13

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis 31. Dezember 2022 (Beträge in Euro)

	2022 EUR	2021 TEUR
1. Umsatzerlöse	225.484.018,41	189.078
2. Veränderung des Bestands an noch nicht abrechenbaren Leistungen	117.105,65	464
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	6.591.602,07	7.947
4. Sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus dem Abgang vom und der Zuschreibung zum Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	4.699.342,94	100
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	2.029.572,01	1.108
c) Übrige	3.759.788,52	4.758
	10.488.703,47	5.966
Betriebsleistung	242.681.429,60	203.455
5. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen		
a) Materialaufwand	-79.699.335,10	-43.916
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-11.678.981,74	-12.151
	-91.378.316,84	-56.067
6. Personalaufwand		
a) Löhne	-9.257.291,10	-8.422
b) Gehälter	-25.365.408,11	-22.907
c) Soziale Aufwendungen		
aa) Aufwendungen für Altersversorgung	-1.009.798,55	-766
bb) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	-854.124,26	-774
cc) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-8.810.319,19	-8.083
dd) Übrige	-1.482.959,08	-1.549
	-12.157.201,08	-11.172
	-46.779.900,29	-42.501
7. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		
a) planmäßig	-31.918.978,80	-30.908
b) außerplanmäßig	0,00	-96
	-31.918.978,80	-31.004
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Steuern, soweit sie nicht unter Z. 18 fallen	-8.682.080,25	-6.977
b) Übrige	-26.190.369,81	-22.065
c) Personalgestellungsaufwand	-11.362.284,48	-12.081
	-46.234.734,54	-41.123
Betriebliche Aufwendungen	-216.311.930,47	-170.694
9. Zwischensumme aus Z. 1 bis 8 (Betriebserfolg)	26.369.499,13	32.761
10. Erträge aus Beteiligungen	653.000,00	362
davon aus verbundenen Unternehmen EUR 155.000,00 (VJ TEUR 0)		
11. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	10.796,81	1.410
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	226.386,11	195
davon aus verbundenen Unternehmen EUR 46.433,31 (VJ TEUR 40)		
13. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen	811.127,42	1
14. Aufwendungen aus Finanzanlagen, davon	-2.778.274,64	-2.768
a) Abschreibungen EUR 102.001,73 (VJ TEUR 93)		
b) Aufwendungen aus verbundenen Unternehmen EUR 2.676.272,91 (VJ TEUR 2.675)		
c) Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagen EUR 0,00 (VJ TEUR 0)		
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-897.029,34	-783
davon betreffend verbundene Unternehmen EUR 111.590,62 (VJ TEUR 1)		
16. Zwischensumme aus Z. 10 bis 15 (Finanzerfolg)	-1.973.993,64	-1.583
17. Ergebnis vor Steuern (Zwischensumme aus Z. 9 und Z. 16)	24.395.505,49	31.177
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	249.678,03	180
davon positive Steuerumlagen EUR 270.428,03 (VJ negative TEUR 220)		
19. Ergebnis nach Steuern	24.645.183,52	31.357
20. JAHRESÜBERSCHUSS	24.645.183,52	31.357
21. Auflösung von Kapitalrücklagen	225.243,33	225
22. Zuweisung zu Gewinnrücklagen	-7.514.774,25	-9.413
23. BILANZGEWINN	17.355.652,60	22.169

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2022

I. ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Der vorliegende Jahresabschluss der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2022 wurde in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Unternehmensgesetzbuches erstellt. Der Abschluss wird beim Firmenbuch des Landesgerichts Innsbruck hinterlegt. Bei der Bilanzierung und Bewertung wurde den allgemein anerkannten Grundsätzen Rechnung getragen. Dabei wurden die im § 201 Abs 2 UGB kodifizierten Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ebenso beachtet wie die Gliederungs- und Bewertungsvorschriften für die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung der §§ 195 bis 211 und 221 bis 235 UGB. Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt. Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung, die weder im Geschäftsjahr noch im Vorjahr einen Betrag ausweisen, werden gemäß § 223 Abs 7 UGB nicht angeführt. Die Gesellschaft wird auf Basis der Größenkriterien nach § 221 UGB in die großen Kapitalgesellschaften eingeordnet.

II. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Allgemeine Grundsätze

Der Jahresabschluss basiert auf den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung und folgt der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln. Bei der Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wurde von der Fortführung des Unternehmens ausgegangen. Alle Wirtschaftsgüter wurden zum Abschlussstichtag einzeln und ohne Willkür bewertet. Dem Vorsichtsprinzip wurde Rechnung getragen, indem insbesondere nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen und alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste berücksichtigt wurden.

Anlagevermögen

Die immateriellen Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen nach der linearen Abschreibungsmethode, bewertet. Das Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Für die selbst erstellten Anlagen werden die direkten Material- und Personalkosten (einschließlich

Sonderbezüge und Überstundenzuschläge) sowie Zuschläge für gesetzliche Sozialabgaben und Kommunalsteuer und anteilige Gemeinkosten im Sinne des § 203 Abs 3 UGB angesetzt. Ein Ausscheiden überhöhter Gemeinkosten infolge offener Unterbeschäftigung war nicht erforderlich.

Die planmäßigen Abschreibungen werden linear unter Zugrundelegung von betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern und Abschreibungssätzen berechnet. Von den Zugängen in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres wird die volle Jahresabschreibung, von den Zugängen in der zweiten Hälfte wird die halbe Jahresabschreibung verrechnet. Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn die Wertminderungen voraussichtlich von Dauer sind. Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen sowie Wertpapiere und Wertrechte des Anlagevermögens wurden mit den Anschaffungskosten bzw. niedrigeren Börsenkursen respektive den ihnen beizulegenden niedrigeren Werten am Bilanzstichtag angesetzt.

Umlaufvermögen

Die Bewertung der Vorräte erfolgte zu Einstandspreisen oder zu niedrigeren Tages- bzw. Wiederbeschaffungspreisen am Bilanzstichtag. Bestandsrisiken, die sich aus der Lagerdauer sowie geminderter Verwendbarkeit ergeben, wurden durch angemessene Wertabschläge berücksichtigt. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden mit dem Nennwert bzw. dem niedrigeren Marktwert bilanziert. Für bestehende Ausfallrisiken wurde durch Einzelwertberichtigungen bei dubiosen Forderungen vorgesorgt. Längerfristige unverzinsliche bzw. niedrig verzinsliche Forderungen wurden entsprechend diskontiert. Positionen des Umlaufvermögens, die auf Fremdwährung lauten, wurden mit dem Geldkurs am Bilanzstichtag umgerechnet, sofern dieser unter dem Buchkurs liegt.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die zwischen den unternehmensrechtlichen und den steuerrechtlichen Wertansätzen bestehenden Differenzen, die sich in den späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen, ergeben insgesamt eine zukünftige Steuerentlastung. Diese wird gemäß § 198 Abs 9 UGB als aktive latente Steuer in der Bilanzposition „D. Aktive latente Steuern“ abgebildet. Der gemäß § 198 Abs 10 UGB aktivierbare Betrag für die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesell-

schaft wurde gänzlich abgeschrieben, da aufgrund der zu erwartenden negativen steuerlichen Ergebnisse eine Steuerentlastung nicht mehr gegeben ist. Die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft übernimmt als Gruppenträgerin im Sinne des § 9 KStG gemäß den Ergebnisabführungsverträgen mit der Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH, der Innbus GmbH (indirekt) und der Mussmann GmbH die Ergebnisse dieser Tochterunternehmen. Dem entsprechend sind auch die latenten Steuern von der Gruppenträgerin zu tragen.

Investitionszuschüsse

Die Verbuchung der Investitionszuschüsse erfolgt nach der Bruttomethode. Der Zuschuss wird als Sonderposten in der Bilanz auf der Passivseite abgebildet; die Auflösung dieses Postens erfolgt analog zur Abschreibung des bezuschussten Vermögensgegenstandes als übrige sonstige betriebliche Erträge. Investitionszuschüsse, deren Gewährung ohne eine vereinbarte Gegenleistungsverpflichtung erfolgt, werden bereits zum Zeitpunkt des Vorliegens sämtlicher sachlicher Voraussetzungen für die Gewährung des Zuschusses unter den *sonstigen Forderungen* ausgewiesen.

Baukostenbeiträge

Von Strom-, Wasser- und Kanalabnehmer:innen erhaltene Baukostenbeiträge werden zum Nennwert erfasst und als Schuldposten ausgewiesen. Die Auflösung erfolgt über die Umsatzerlöse mit jährlich 5 Prozent.

Rückstellungen

Die *Pensionsrückstellungen* wurden für vertraglich zugesagte Pensionsansprüche gebildet. Die Berechnung erfolgte nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Teilwertverfahren unter Verwendung der Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung AVÖ 2018 P (RG) von Pagler-Pagler. Die *Abfertigungsrückstellungen* werden für gesetzliche Ansprüche gebildet. Die Berechnung wurde auf Basis des Anti-Gold-Plating-Gesetzes 2019 von versicherungsmathematischen Grundsätzen auf die finanzmathematische Berechnung umgestellt. Nach geltendem Recht ist die finanzmathematische Berechnung zulässig und sind die Abweichungen zur versicherungsmathematischen Berechnung gering. Angewandt wurde das Teilwertverfahren mit einem Rechnungszinssatz von 1,3 Prozent (Vorjahr: 1,19 Prozent) und einem Gehaltstrend von 3,80 Prozent (Vorjahr: 3,00 Prozent). Beim verwendeten Rechnungszinssatz handelt es sich um einen Durchschnittszinssatz. Der Durchschnittszinssatz ermittelt sich aus den Durchschnitten des Stichtagszinssatzes und den Stichtagszinssätzen der sieben vorangegangenen Abschlussstichtage für Unternehmensanleihen

mit ausgezeichneter Bonität und einer Restlaufzeit von 12 Jahren (Vorjahr: 12 Jahre). Der Berechnung wurde das faktische Pensionseintrittsalter von 63 Jahren (Vorjahr: 63 Jahre) zugrunde gelegt. Die in den Vorsorgen für Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmer:innen enthaltene Rückstellung für *Jubiläumsgelder* wurde ebenfalls nach finanzmathematischen Grundsätzen ermittelt. Bei der Berechnung wurde der Rechnungszinssatz mit einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vorjahr: 15 Jahre) in Höhe von 1,44 Prozent (Vorjahr: 1,35 Prozent) verwendet. Beim verwendeten Rechnungszinssatz handelt es sich um einen Durchschnittszinssatz. Das Pensionsantrittsalter wurde mit 63 Jahren (Vorjahr: 63 Jahre), der Gehaltstrend mit 3,80 Prozent (Vorjahr: 3,00 Prozent) angenommen.

Die *sonstigen Rückstellungen* werden in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrages gebildet und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehenden Verbindlichkeiten. Nach § 211 UGB sind Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit einem marktüblichen Zinssatz abzuzinsen. Die Rückstellung für die Rekultivierung und Nachsorge für den Deponiebetrieb Ahrental wurde mit einem Rechnungszinssatz von 1,49 Prozent (Vorjahr: 1,44 Prozent) abgezinst. Der verwendete Rechnungszinssatz entspricht dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten 7-jährigen Durchschnittszinssatz für Unternehmensanleihen mit ausgezeichneter Bonität und einer Restlaufzeit von 17 Jahren (Vorjahr: 18 Jahren).

Verbindlichkeiten

Die *Verbindlichkeiten* sind mit ihrem Erfüllungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht angesetzt. Fremdwährungsverbindlichkeiten werden zum Briefkurs des Bilanzstichtages bewertet, sofern dieser über dem Buchkurs liegt.

Cross-Border-Leasing

In den Geschäftsjahren 2001 und 2002 hat die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft drei Cross-Border-Leasing-Transaktionen durchgeführt. Dabei wurden Wirtschaftsgüter der Gesellschaft (Stromnetz, Kraftwerke und das Abwasserbeseitigungssystem) an unter US-amerikanischem Recht errichtete Trusts langfristig vermietet und gleichzeitig zurückgemietet. Die Trusts wurden dabei zu Gunsten institutioneller Investor:innen in den USA errichtet. Die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft hatte sich das zivilrechtliche Eigentum vorbehalten, und es verblieb auch das wirtschaftliche Eigentum aufgrund eines Rückmietvertrages mit Kaufoption bei der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft. Sämtliche planmäßigen Verpflichtungen aus den Mietverträgen wurden bei Finanzinstituten mit

ausgezeichneter Bonität im Voraus erlegt, sodass die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft bei vertragskonformem Verhalten keine weiteren Zahlungen leisten musste, solange die gewählten Finanzinstitute ihren übernommenen Zahlungsverpflichtungen nachkamen.

Ausgelöst durch die weltweite Finanzmarktkrise kam es zu Bonitätsverschlechterungen einzelner Vertragsparteien (Versicherungen und Banken), welche die Gesamtrisikosituation negativ beeinflussten und zu einem diesbezüglichen Handlungsbedarf führten. Bei einem Teil dieser Transaktionen erfolgte im Jahr 2009 die vorzeitige Vertragsauflösung.

Im Oktober 2017 konnten die restlichen CBL-Transaktionen vorzeitig durch Vorziehen der Kaufoption beendet werden. Nicht sofort auflösbare Teile (sogenannte „Serie-B“) bestehend aus Krediten bei österreichischen Banken sowie deren in gleicher Höhe eingerichteten Tilgungsträger wurden direkt auf die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft übertragen und in die Bilanz aufgenommen.

Die in der Bilanz aufgenommenen Werte für Finanzierungen und Depots betreffend die vorzeitig beendeten Cross-Border-Leasing-Geschäfte notieren in US-Dollar. Die Umrechnung in Euro erfolgt zum Stichtagskurs. Die Finanzierungen werden bei den Verbindlichkeiten aus Kreditinstituten, die entsprechenden Depots unter den sonstigen Forderungen ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten bzw. die sonstigen Forderungen betragen zum Stichtag

10.186.996,57 Euro. Die zukünftig anfallenden Zinszahlungen und Tilgungen der Kredite sind gleich hoch wie die zukünftig anfallenden Zinszahlungen und Entnahmen aus den Depots. Ein GuV-Effekt aus diesen Zahlungen entsteht nicht.

Die für zukünftige Aufwendungen aus den Cross-Border-Leasing-Geschäften gebildete Rückstellung wurde im Zuge der Auflösung der CBL-Transaktionen ihrer Verwendung zugeführt, und es verbleibt per 31. Dezember 2022 ein restlicher Rückstellungsbetrag in der Höhe von 217.315,57 Euro.

III. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ (VORJAHRESWERTE IN KLAMMERN)

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens und die Aufgliederung der Jahresabschreibung nach einzelnen Posten sind im Anlagenspiegel dargestellt.

Sachanlagen

Der *Grundwert der Grundstücke* zum 31. Dezember 2022 beträgt 22.512.065,87 Euro (22.503,3 TEuro). Aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen bestehen aufgrund von langfristigen Vertragsverhältnissen für das folgende Geschäftsjahr Verpflichtungen in Höhe von 649.324,73 Euro (653,8 TEuro). Die Verpflichtungen für die nächsten fünf Jahre belaufen sich auf 3.185.620,50 Euro (3.166,5 TEuro).

FINANZANLAGEN

Zusatzangaben gemäß § 238 Abs 1 Z 4 UGB:

	Sitz	Kapitalanteil	Jahr	Eigenkapital letztes Geschäftsjahr gesamt EUR	Ergebnis = Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-) letztes Geschäftsjahr gesamt EUR
Verbundene Unternehmen					
Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH	Innsbruck	51,00 %	2022	285.517.062,64	-35.276.272,91
Innbus GmbH (indirekt)	Innsbruck	51,00 %	2022	6.033.033,59	143.277,50
Musmann GmbH.	Innsbruck	100,00 %	2022	1.111.910,38	176.432,53
Naturstrom Mühlau GmbH	Innsbruck	62,00 %	2022	2.264.990,74	973.359,89
Innsbrucker Nordkettenbahnen GmbH (indirekt)	Innsbruck	56,00 %	2022	20.232.664,89	-1.891.362,30
Tiroler Flughafenbetriebsgesellschaft m.b.H.	Innsbruck	51,00 %	2022	62.905.416,88	318.842,42
ProContracting Italia GmbH	Bozen	100,00 %	2022	100.923,51	-10.018,58
Innbus Regionalverkehr GmbH	Innsbruck	55,00 %	2022	2.712.939,93	-551.122,36
DAWI Kanalservice GmbH	Innsbruck	100,00 %	2022	3.019.024,39	983.624,55
Bodenaushubdeponie Ahrental GmbH	Innsbruck	51,00 %	2022	-103.255,52	240.282,81
Bio Heizwerk Steinach a.Br. GmbH	Steinach	51,00 %	2022	-391.795,57	37.068,83
IKB Sonnenstrom GmbH	Innsbruck	100,00 %	2022	-49.229,10	14.525,95
Beteiligungen					
Recycling Innsbruck GmbH	Innsbruck	50,00 %	2022	168.880,42	112.123,12
Abfallbehandlung Ahrental GmbH	Innsbruck	50,00 %	2022	727.253,79	611.231,35
Bauentsorgungsgesellschaft mbH	Innsbruck	49,00 %	2022	408.989,79	159.945,57

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

In den *Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen* sind im Wesentlichen Forderungen aus Darlehen in Höhe von 1.467.663,38 Euro (1.839,7 TEuro), aus Steuerumlagen in Höhe von 326.238,45 Euro (140,8 TEuro) und aus dem Cash-Pooling in Höhe von 509.007,07 Euro (173,3 TEuro) ausgewiesen.

Unter den *Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht*, werden im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen.

Die *sonstigen Forderungen und Vermögensgegenstände* enthalten als wesentliche Positionen Forderungen aus Schadensfällen in Höhe von 341.142,24 Euro (213,1 TEuro), Guthaben an Lieferanten in Höhe von 557.732,68 Euro (744,7 TEuro) und Forderungen aus Steuern und Abgaben in Höhe von 2.391.945,42 Euro (2.316,8 TEuro).

Die Höhe des Depots, das im Rahmen der Beendigung der CBL-Transaktionen in die Bilanz aufgenommen wurde und unter den sonstigen Forderungen ausgewiesen ist, beträgt 2022 10.186.996,57 Euro (8.995,1 TEuro) – (siehe Seite 2).

Des Weiteren bestehen im Wirtschaftsjahr 2022 Forderungen für zugesagte Investitionszuschüsse der Kommunalkredit Public Consulting GmbH für getätigte Investitionen in Höhe von 5.027.217,97 Euro (4.501,8 TEuro).

Die Forderung aus dem Regulierungskonto Strom aufgrund des Differenzbetrags aus den tatsächlich erzielten und den der Verordnung zu Grunde liegenden Planerlösen gemäß § 50 Abs 1 EIWOG 2010 betrug 2022 2.822.960,00 Euro (Forderung 2.049,1 TEuro).

Forderungen aufgrund des Zeitverzuges in der Abgeltung durch die Systemnutzungsentgelte gemäß § 59 Abs 1 EIWOG 2010 wurden nicht aktiviert.

In den sonstigen Forderungen sind Erträge von 1.556.852,56 Euro (669,3 TEuro) enthalten, die erst nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden.

Latente Steuern

Die Angabe, auf welchen Differenzen die latenten Steuern beruhen und mit welchem Steuersatz die Bewertung erfolgt, sowie die im Geschäftsjahr erfolgten Bewegungen der latenten Steuersalden können der folgenden Tabelle entnommen werden:

LATENTE STEUERN 31.12.2022 (Beträge in EUR)										
UNTERNEHMENSRECHTLICH				STEUERRECHTLICH			LATENTE STEUERN aktiv(+) passiv(-)			
	1.1.2022	Auflösung Zuführung	31.12.2022	1.1.2022	Auflösung Zuführung	31.12.2022	1.1.2022	Auflösung Zuführung	31.12.2022	
Rückstellungen Personal	18.254.227	1.309.418	19.563.645	10.731.761	635.996	11.367.757	7.522.466	673.422	8.195.888	
Rückstellungen Sonstige	17.720.657	531.959	18.252.616	12.833.113	578.773	13.411.886	4.887.544	-46.814	4.840.730	
Sachanlagevermögen	-9.023.103	-71.019	-9.094.122	-19.909.414	403.228	-19.506.186	10.886.311	-474.247	10.412.064	
Unversteuerte Rücklagen	0	0	0	2.924.391	-262.221	2.662.170	-2.924.391	262.221	-2.662.170	
Finanzanlagevermögen	112.722	0	112.722	112.722	0	112.722	0	0	0	
Firmenwertabschreibung	-3.700.000	0	-3.700.000	-812.702	315.373	-497.329	-2.887.298	-315.373	-3.202.671	
GESAMT	23.364.503	1.770.358	25.134.861	5.879.871	1.671.149	7.551.020	17.484.632	99.208	17.583.840	
							25,00 %		23,00 %	
LATENTE STEUERN per 31.12.2022 vor Abschreibung							4.371.158		4.044.283	
Abschreibung							-4.371.158		-4.044.283	
LATENTE STEUERN per 31.12.2022									0	

Die zum Stichtag angesetzten Steuern resultieren im Wesentlichen aus Bewertungsunterschieden aus dem Bereich der Personalrückstellungen, der sonstigen Rückstellungen und der Unterschiede im Sachanlagevermögen. Aufgrund der zu erwarten-

den negativen steuerlichen Ergebnisse wurden die aktiven latenten Steuern der Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH, der Innbus GmbH (indirekt) und der Musmann GmbH, zum Stichtag zur Gänze abgeschrieben.

Eigenkapital

Das *Grundkapital* der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2022 10.000.000,00 Euro und ist in 100.000 vinkulierte Namensaktien mit einem Nominale von je 100,00 Euro aufgeteilt.

Die *gebundene Kapitalrücklage* in Höhe von 4.036,99 Euro ergibt sich aufgrund der Umrechnung der Aktiennennbeträge und des Grundkapitals in Euro gemäß Artikel 1 § 8 Abs 1 des 1. Euro-Justiz-Begleitgesetzes.

Die *nicht gebundene Kapitalrücklage* setzt sich aus der Einbringungsbilanz der Stadtwerke Innsbruck in Höhe von 48.821.568,82 Euro (48.821,6 TEuro) sowie aus Gesellschafterzuschüssen der Stadtgemeinde Innsbruck in Höhe von 144.441.812,98 Euro (142.988,6 TEuro) zusammen.

Unter den *Gewinnrücklagen* werden die gesetzliche Rücklage und andere (freie) Rücklagen ausgewiesen. Die *gesetzliche Rücklage* betrug im Wirtschaftsjahr 2022 995.962,72 Euro (996,0 TEuro). Die *freie Rücklage* in Höhe von 171.399.133,98 Euro (163.884,4 TEuro) setzt sich aus den aufgelösten Investitionsfreibeträgen 1990 bis 2000 in Höhe von 19.376.443,92 Euro (19.376,4 TEuro) abzüglich der Auflösung der Gewinnrücklage 2009 im Ausmaß von 1.000.000,00 Euro, den eingestellten Bilanzgewinnen in Höhe von 148.587.020,56 Euro (141.072,2 TEuro) und den zugeführten un versteuerten Rücklagen in Höhe von 4.435.669,50 Euro zusammen. Der Vorstand der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft schlägt den Eigentümerinnen vor, vom Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2022 eine Dividende in Höhe von insgesamt 17.355.652,60 Euro auszuschütten.

Entwicklung des Eigenkapitals

	Eingefordertes und eingezahl- tes Grundkapital EUR	Kapital- rücklagen EUR	Gewinn- rücklagen EUR	Bilanz- gewinn EUR	Summe EUR
Stand am 1. Jänner 2021	10.000.000,00	190.534.642,56	155.466.720,18	22.720.119,00	378.721.481,74
Gesellschafterzuschuss	0,00	1.504.820,69	0,00	0,00	1.504.820,69
Gewinnausschüttung	0,00	0,00	0,00	-22.720.119,00	-22.720.119,00
Jahresüberschuss	0,00	0,00	0,00	31.357.160,04	31.357.160,04
Auflösung Kapitalrücklage	0,00	-225.243,33	0,00	225.243,33	0,00
Zuweisung Gewinnrücklage	0,00	0,00	9.413.602,27	-9.413.602,27	0,00
Stand am 31. Dezember 2021					
Stand am 1. Jänner 2022	10.000.000,00	191.814.219,92	164.880.322,45	22.168.801,10	388.863.343,47
Gesellschafterzuschuss	0,00	1.678.442,20			1.678.442,20
Gewinnausschüttung	0,00			-22.168.801,10	-22.168.801,10
Jahresüberschuss	0,00			24.645.183,52	24.645.183,52
Auflösung Kapitalrücklage	0,00	-225.243,33		225.243,33	0,00
Zuweisung Gewinnrücklage	0,00		7.514.774,25	-7.514.774,25	0,00
Stand am 31. Dezember 2022	10.000.000,00	193.267.418,79	172.395.096,70	17.355.652,60	393.018.168,09

Investitionszuschüsse

Die Entwicklung der *Investitionszuschüsse* zeigt die Zusammensetzung der Jahresbewegung.

Investitionszuschüsse	in EUR
Stand am 1. Jänner 2022	47.452.353,19
Auflösung	1.948.375,02
Zuführung	3.035.866,45
Stand am 31. Dezember 2022	48.539.844,62

Um die österreichische Wirtschaft in Folge der Corona-Krise zu unterstützen, hat die Bundesregierung mit der Investitionsprämie einen Anreiz

für Unternehmensinvestitionen geschaffen. Die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft hat für Investitionen, deren erste Maßnahmen im Zeitraum vom 1. August 2020 bis zum 31. Mai 2021 erfolgten, Förderanträge in Höhe von einem Investitionsvolumen von 24,6 Millionen Euro gestellt. Die Ausbezahlung der Investitionsprämie erfolgt nach Inbetriebnahme aller Investitionsmaßnahmen und nach erfolgter Abrechnung voraussichtlich in den Jahren 2022 und 2023. Im laufenden Geschäftsjahr wurden Investitionsprämien in Höhe von 895.587,00 Euro ausbezahlt.

Baukostenzuschüsse

Inhalt dieser Position sind hauptsächlich von Strom-, Wasser- und Kanalkundinnen und -kunden vereinbarte Finanzierungsbeiträge. Sie werden über einen Zeitraum von 20 Jahren ertragswirksam aufgelöst. Die Entwicklung der *Baukostenbeiträge* zeigt die Zusammensetzung der Jahresbewegung:

Baukostenbeiträge	in EUR
Stand am 1. Jänner 2022	50.446.589,98
Auflösung	5.309.169,40
Zuführung	5.284.399,39
Stand am 31. Dezember 2022	50.421.819,97

Rückstellungen

Die *sonstigen Rückstellungen* enthalten im Wesentlichen Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge für den Deponiebetrieb Ahrental in Höhe von 18.252.616,00 Euro (17.720,7 TEuro), für noch nicht verbrauchte Urlaube und Zeitguthaben in Höhe von 4.928.157,00 Euro (4.522,6 TEuro), für Jubiläumsgelder in Höhe von 3.312.856,00 Euro (3.140,8 TEuro), für etwaige Strompreisrückforderungen aus der Strompreiserhöhung 2019 in Höhe von 0,00 Euro (135,0 TEuro), für die Vergünstigung des Strombezugs von Mitarbeiter:innen in Höhe von 2.539.745,00 Euro (2.292,0 TEuro) sowie für mögliche Schadensfälle aus der Errichtung von diversen Anlagen in Höhe von 1.466.000,00 Euro (1.102,0 TEuro).

In Anbetracht der steigenden Anzahl an Contracting-Anlagen und der damit zunehmenden Reparaturaufwendungen wurde bereits im Wirtschaftsjahr 2020 eine Rückstellung für zukünftige Großreparaturen gebildet. Der Stand dieser Rückstellung beträgt zum 31. Dezember 2022 396.937,00 Euro (430,4 TEuro). Der Stand an Rückstellungen im Zusammenhang mit den vorzeitig beendeten Cross-Border-Leasing-Geschäften zum 31. Dezember 2022 beträgt unverändert 217.315,57 Euro (217,3 TEuro).

Verbindlichkeiten

Die erforderlichen Angaben gemäß § 237 Abs 1 Z 5 UGB werden im Verbindlichkeitspiegel zusammengefasst.

Verbindlichkeitspiegel 2022 in EUR	Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren § 237 Abs 1 Z 5 UGB
	Berichtsjahr Vorjahr
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.186.996,54 8.995.129,40
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	247.493,21 297.349,12
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	42.312,69 16.917,11
SUMME	10.476.802,44 9.309.395,63

In den *Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen* sind Verbindlichkeiten an die OeMAG – Abwicklungsstelle für Ökostrom AG – in Höhe von 354.239,17 Euro (726,9 TEuro) enthalten. Die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft hat die Verbindlichkeit gegenüber der OeMAG mittels der Hinterlegung von Geldeinlagen besichert. Zum Stichtag betrug die Höhe des verpfändeten Betrages 1.094.009,26 Euro (1.096,1 TEuro).

Die *Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen* betreffen mit 905.386,68 Euro (1.471,5 TEuro) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, mit 35.639.017,03 Euro (16.450,0 TEuro) Verbindlichkeiten aus dem Cash-Pooling und mit 3.569.002,78 Euro (3.434,5 TEuro) sonstige Verbindlichkeiten. Die unter diesem Posten erfassten Verbindlichkeiten gegenüber den Gruppenmitgliedern resultieren aus Ergebnisabführungsverträgen sowie aus Steuerumlagevereinbarungen.

Die *Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht*, betreffen überwiegend Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 9.399.888,78 Euro (4.718,8 TEuro) und Verbindlichkeiten aus dem Cash-Pooling mit 90.000,00 Euro (211,4 TEuro). Unter dem Posten *sonstige Verbindlichkeiten* sind Aufwendungen mit einem Betrag von 550.578,18 Euro (1.004,3 TEuro) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

Rechnungsabgrenzungsposten

Die folgende Aufstellung zeigt die Zusammensetzung der passiven Rechnungsabgrenzungsposten zum Stichtag.

Position	2022 EUR	2021 EUR
Mietzinsvorauszahlungen	799.108,93	825.953,80
Diverse andere	827.294,86	892.041,63
SUMME	1.626.403,79	1.717.995,43

Haftungsverhältnisse

	Stand 31.12.2022	davon gegenüber verbundenen Unternehmen
	EUR	EUR
Aus Garantien	40.375,50	0,00
Aus Patronatserklärungen	320.545,68	0,00
SUMME	360.921,18	0,00

Die Garantien bestehen aus Garantieerklärungen an Kundinnen und Kunden zur Sicherung allfälliger Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche. Eine Patronatserklärung hat die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft der Raiffeisenbank Wipptal eGen für einen Kredit der Firma Bio Heizwerk Steinach a.Br. GmbH gewährt.

IV. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge

Die *Umsatzerlöse* in Höhe von 225.484.018,41 Euro setzen sich wie folgt zusammen:

in TEUR	Berichtsjahr	Vorjahr
Strom	124.549,91	95.261,45
Wasser	17.344,02	16.410,28
Kanal	14.064,94	13.614,91
Kläranlage	11.385,75	11.157,53
Abfallentsorgung	9.993,61	10.363,39
Abfallsammlung	13.401,26	13.119,37
Bäder	3.185,87	1.917,88
Telekommunikation	10.636,28	9.274,02
Energieservices	17.716,31	14.856,96
Zentraler Bereich	3.206,07	3.102,17
SUMME	225.484,02	189.077,98

Die Umsatzerlöse wurden ausschließlich im Inland erzielt. In den *übrigen sonstigen betrieblichen Erträgen* sind mit 2.404.911,80 Euro (2.423,4 TEuro) die Auflösung von Wertberichtigungen, Zuschüssen und Subventionen, mit 365.716,46 Euro (524,7 TEuro) Erträge aus Schadensvergütungen und mit 293.275,05 Euro (388,1 TEuro) Zinserträge aus Investitionszuschüssen der Kommunalkredit Public Consulting GmbH enthalten.

Personalaufwand/Personalstellungsaufwand

Die Summe der *Lohn- und Gehaltsaufwendungen*, für *gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben* sowie vom *Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge* und für *sonstige Sozialaufwendungen* beträgt 44.915.977,48 Euro (40.960,8 TEuro).

In der Position *Löhne* sind Zuführungen aus der Rückstellung für Jubiläum in Höhe von 61.914,00 Euro (Zuführung 16,7 TEuro) und in der Position *Gehälter* Zuführungen aus der Rückstellung für Jubiläum in Höhe von 196.341,00 Euro (Zuführung 163,5 TEuro) enthalten.

Die *Abfertigungs- und Pensionsaufwendungen* unter Berücksichtigung der unter diesen Posten ausgewiesenen Rückstellungsveränderungen belaufen sich auf 1.863.922,81 Euro (1.540,0 TEuro). Auf die Mitglieder des Vorstandes entfallen im Jahr 2022 Abfertigungs- und Pensionsaufwendungen in Höhe von 50.905,98 Euro (49,3 TEuro). Bei der Pensionsrückstellung kam es zu einer Zuführung von 352.907,00 Euro (Zuführung 114,8 TEuro).

In den Aufwendungen für *Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen* sind Aufwendungen für Abfertigungen in Höhe von 444.321,09 Euro (Aufwendungen 396,4 TEuro) enthalten.

Das *Personalstellungsentgelt* in Höhe von 11.362.284,48 Euro (12.081,0 TEuro) für die zur Dienstverwendung an die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft abgestellten Beamten:innen und Vertragsbediensteten, setzt sich aus dem Faktor Aktivbezug, dem Faktor Pensions- und Abfertigungszuschlag und dem Faktor Gewinnzuschlag zusammen. Im Personalstellungsaufwand ist unter anderem eine Auflösung von 86.235,00 Euro (Auflösung 189,8 TEuro) für die Rückstellung Jubiläum enthalten.

Abschreibungen

Die *planmäßigen Abschreibungen* betreffen zur Gänze Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen und sind im Anlagenspiegel dargestellt. Im Wirtschaftsjahr 2022 gab es keine *außerplanmäßigen Abschreibungen* (Vorjahr 95,6 TEuro).

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Unter den *übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen* werden Instandhaltungsaufwand, Aufwand für Nachsorge und Rekultivierung, Rechts- und Beratungskosten, Werbeaufwendungen, Telekommunikationsaufwand, Mieten, Versicherungen, Forderungsabschreibungen und sonstige Schadensfälle sowie Geldverkehrsspesen erfasst.

Gemäß § 238 Abs 1 Z 18 UGB sind die auf das Geschäftsjahr entfallenden *Aufwendungen für den Abschlussprüfer* anzugeben. Auf die Abschlussprüfung sind 81.300,00 Euro (73,9 TEuro) und auf diverse andere Leistungen 9.466,00 Euro (4,7 TEuro) entfallen.

Finanzergebnis

Aufgrund von Ergebnisabführungsverträgen sind in den *Aufwendungen aus Finanzanlagen* Aufwendungen aus Gewinngemeinschaften in Höhe von 2.676.272,91 Euro (2.675,1 TEuro) enthalten. In den *Erträgen aus Beteiligungen* sind Dividendenausschüttungen von der Recycling Innsbruck GmbH in Höhe von 50.000,00 Euro (45,0 TEuro), von der Bauentsorgungsgesellschaft mbH in Höhe von 98.000,00 Euro (166,6 TEuro), von der Abfallbehandlung Ahrental GmbH in Höhe von 350.000,00 Euro (150,0 TEuro) und von der Naturstrom Mühlau GmbH 155.000,00 Euro (0,0 TEuro) enthalten.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

In den Steuern von Einkommen und vom Ertrag sind Aufwendungen in Höhe von 0,00 Euro (Aufwendungen 19,6 TEuro) enthalten, die einem anderen Geschäftsjahr zuzuordnen sind.

V. BERICHTERSTATTUNG GEMÄSS ELEKTRIZITÄTSWIRTSCHAFTS- UND -ORGANISATIONSGESETZ (EIWOG)

Nach dem Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz (EIWOG 2010) hat die Darstellung des Jahresabschlusses auch nach Aktivitäten im Sinne des § 8 (2) EIWOG zu erfolgen.

Die Aktivitäten der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft gliedern sich im Strombereich in Erzeugung und Verteilung sowie in sonstige Aktivitäten. Dem Erzeugungsbereich wurden die gesamten Kraftwerksanlagen zugeordnet, weiters die Kosten des Strombezuges sowie die Energieerlöse. Aus Sicht des integrierten Elektrizitätsunternehmens umfasst der Begriff „Erzeugung“ damit sowohl die

Eigenerzeugung als auch den Strombezug und -vertrieb. Dem Bereich Verteilung der Innsbrucker Kommunalbetriebe AG wurden die Stromverteilungsanlagen sowie die damit zusammenhängenden Aufwendungen und Erlöse zugeordnet. Die sonstigen Aktivitäten umfassen die Geschäftsfelder Wasser, Abwasser, Abfall, Telekommunikation, Bäder, Energieservices und den Zentralbereich. Vom Zentralbereich werden Serviceleistungen erbracht sowie übergeordnete Aufgaben im Bereich der Führung und Steuerung des Unternehmens wahrgenommen. Die aktivitätsbezogenen Bilanzen und Ergebnisrechnungen gemäß EIWOG stellen sich bei der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft wie folgt dar:

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2022 GEM. § 8 EIWOG	Erzeugung	Verteilung	Sonstige Aktivitäten	IKB- GESAMT
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
AKTIVA				
A. ANLAGEVERMÖGEN				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	641	7.965	3.174	11.780
II. Sachanlagen	52.294	121.663	306.207	480.164
III. Finanzanlagen	10.140	4.645	16.223	31.008
SUMME ANLAGEVERMÖGEN	63.075	134.273	325.604	522.952
B. UMLAUFVERMÖGEN				
I. Vorräte	136	1.939	3.619	5.694
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	98.425	34.919	134.612	267.956
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	19.461	8.916	31.344	59.721
SUMME UMLAUFVERMÖGEN	118.022	45.774	169.575	333.371
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	22	32	75	129
D. LATENTE STEUERN	0	0	0	0
SUMME AKTIVA	181.119	180.079	495.254	856.452
PASSIVA				
EIGENKAPITAL				
I. Grundkapital	3.556	4.491	1.953	10.000
II. Kapitalrücklagen	17.569	22.264	153.434	193.267
III. Gewinnrücklagen	43.208	48.944	80.243	172.395
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	78.311	49.767	-110.722	17.356
davon Gewinnvortrag/Verlustvortrag	70.934	47.299	-118.233	0
SUMME EIGENKAPITAL	142.644	125.466	124.908	393.018
B. INVESTITIONSZUSCHÜSSE	763	5.907	41.870	48.540
C. BAUKOSTENBEITRÄGE	0	26.002	24.420	50.422
D. RÜCKSTELLUNGEN	5.323	4.716	32.447	42.486
E. VERBINDLICHKEITEN	32.148	17.896	270.316	320.360
F. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	241	92	1.293	1.626
SUMME PASSIVA	181.119	180.079	495.254	856.452

Die Bilanzsumme in obiger Darstellung weicht vom unternehmensrechtlichen Jahresabschluss aufgrund des Ansatzes von „Internen Forderungen und

Verbindlichkeiten“ zwischen den einzelnen Aktivitätsbereichen ab.

Im Regelfall erfolgt in der Bilanz sowie in der Ergebnisrechnung eine direkte Zuordnung auf die einzelnen Aktivitäten. In jenen Fällen, in denen nur ein mittelbarer Sachbezug zu den einzelnen Aktivitäten vorlag bzw. in denen aufgrund des hohen Integrationsgrades direkte Erfassungen und Zuordnungen nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich wären, wurde die Zuordnung durch Schlüsselung auf Basis sach- und verursachungsgerechter

Bezugsgrößen vorgenommen. Bereichsübergreifendes Sachanlagevermögen wurde dem überwiegenen Bereich bzw. dem Zentralbereich zugeordnet und die anteiligen Kosten durch innerbetriebliche Leistungsverrechnungen an die übrigen Bereiche weiterverrechnet. Das Eigenkapital ist als Residualwert, der nach der Zuordnung aller anderen Bilanzpositionen verbleibt, verteilt.

ERFOLGSRECHNUNG 2022 GEM. § 8 EIWOG	Erzeugung TEUR	Verteilung TEUR	Konsolidierung TEUR	Sonstige Aktivitäten TEUR	IKB- GESAMT TEUR
1. Umsatzerlöse	74.025	44.180	-149	107.428	225.484
2. Veränderung des Bestands an noch nicht abrechenbaren Leistungen	0	0	0	117	117
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	79	3.338	0	3.174	6.591
4. Sonstige betriebliche Erträge	4.883	768	0	4.838	10.489
Innerbetriebliche Leistungsverrechnungen und Umlagen	47.237	1.121	-5.010	-43.348	0
BETRIEBSLEISTUNG (Summe Z. 1–4)	126.224	49.407	-5.159	72.209	242.681
5. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen	-54.665	-11.302	-96	-25.315	-91.378
6. Personalaufwand	-2.343	-9.463	0	-34.974	-46.780
7. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-2.093	-11.935	0	-17.891	-31.919
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.197	-8.389	149	-31.798	-46.235
Innerbetriebliche Leistungsverrechnungen und Umlagen	-51.905	-5.383	5.106	52.182	0
BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN (Summe Z. 5–8)	-117.203	-46.472	5.159	-57.796	-216.312
9. BETRIEBSERFOLG (Summe Z. 1–8)	9.021	2.935	0	14.413	26.369
10. Erträge aus Beteiligungen	214	98		341	653
11. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	4	2		5	11
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	67	30		129	226
13. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen	265	122		424	811
14. Aufwendungen aus Finanzanlagen	-33	-15		-2.730	-2.778
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-41	-19		-837	-897
16. FINANZERGEBNIS (Summe Z. 10–15)	476	218	0	-2.668	-1.974
17. ERGEBNIS VOR STEUERN	9.497	3.153	0	11.745	24.395
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	77	51		122	250
19. ERGEBNIS NACH STEUERN	9.574	3.204	0	11.867	24.645

Die Umsatzerlöse aus Strom- bzw. Systemnutzungserlösen sind ebenso wie die damit korrespondierenden Kosten den entsprechenden Aktivitäten direkt zugeordnet. Aufwendungen und Erträge werden generell über Kosten- und Leistungsstellen erfasst und soweit möglich den Aktivitäten direkt zugerechnet. Aufwendungen und Erträge, bei denen eine direkte Zuordnung nicht oder nur unter unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist, werden den

einzelnen Aktivitäten über interne Leistungsverrechnungen bzw. über Umlagen auf Basis sach- und verursachungsgerechter Bezugsgrößen zugerechnet. Diese Leistungsverrechnungen und Umlagen werden in der Zeile „Innerbetriebliche Leistungsverrechnungen und Umlagen“ saldiert dargestellt. Innerbetriebliche Verrechnungen von spartenübergreifenden Umsatzerlösen werden in einer eigenen Konsolidierungsspalte dargestellt.

VI. ANGABEN GEMÄSS § 78 ABS 1 UND ABS 2 EIWOG 2010

Die Summe der an Endkundinnen und -kunden abgegebenen Energiemenge beträgt 583.749.687,07 kWh. Die Anteile an den verschiedenen Primärenergieträgern betragen laut Stromkennzeichnung

gemäß § 78 Abs 1 und Abs 2 EIWOG 2010 für die gelieferte Energie im Zeitraum vom 1. Jänner 2022 bis 31. Dezember 2022:

STROM KENNZEICHNUNGS- DOKUMENTATION	Innsbrucker Kommunalbetriebe AG					
	Versorgermix		100 % Wasserkraft		IKB-Strom	
	kWh	Prozent	kWh	Prozent	kWh	Prozent
Wasserkraft	558.804.745,44	95,73 %	274.235.256,69	100,00 %	284.569.488,75	91,94 %
Windenergie	15.218.605,59	2,61 %	0,00	0,00 %	15.218.605,59	4,92 %
Photovoltaik	6.293.382,58	1,08 %	0,00	0,00 %	6.293.382,58	2,03 %
Sonstige Ökoenergie	3.432.953,46	0,59 %	0,00	0,00 %	3.432.953,46	1,11 %
SUMME an Endkund:innen	583.749.687,07	100,00 %	274.235.256,69	100,00 %	309.514.430,38	100,00 %
HERKUNFT NACHWEISE						
Österreich		52,05 %		100,00 %		9,57 %
Norwegen		47,95 %		0,00 %		90,43 %
SUMME		100,00 %		100,00 %		100,00 %
UMWELTAUSWIRKUNG DER STROMPRODUKTION						
CO ₂ -Emissionen	0,00 g/kWh		0,00 g/kWh		0,00 g/kWh	
Radioaktiver Abfall	0,0 mg/kWh		0,0 mg/kWh		0,0 mg/kWh	
GEMEINSAMER HANDEL VON STROM UND HER- KUNFTSNACHWEISEN						
Direkter Bezug zur Erzeugungsquelle	303.863.687,07	52,05 %	274.235.256,69	100,00 %	29.628.430,38	9,57 %
Indirekter Bezug zur Erzeugungsquelle	279.886.000,00	47,95 %	0,00	0,00 %	279.886.000,00	90,43 %
SUMME	583.749.687,07	100,00 %	274.235.256,69	100,00 %	309.514.430,38	100,00 %

VII. SONSTIGE ANGABEN

Angaben betreffend Konzernverhältnisse

Die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft ist das konsolidierungspflichtige Mutterunternehmen der Unternehmensgruppe. Weiters ist die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft Gruppenträgerin im Sinne des § 9 KStG. Gemäß den Ergebnisabführungsverträgen mit der Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH und mit der Musmann GmbH ist die Gesellschaft verpflichtet, das Ergebnis dieser Tochterunternehmen zu übernehmen.

Des Weiteren bestehen Steuerausgleichsvereinbarungen mit der Tiroler Flughafenbetriebsgesellschaft m.b.H., der Innbus Regionalverkehr GmbH, der Naturstrom Mühlau GmbH, der Abfallbehandlung Ahrental GmbH, mit der DAWI Kanalservice GmbH, mit der Bio Heizwerk Steinach a.Br. GmbH, IKB Sonnenstrom GmbH und seit dem Geschäftsjahr mit der Bodenaushubdeponie Ahrental GmbH.

Die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft bildet eine umsatzsteuerliche Organschaft

nach § 2 Abs 2 Z 2 UStG 1994 mit der Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH, Innbus GmbH, Innsbrucker Nordkettenbahnen GmbH, Innbus Regionalverkehr GmbH, Naturstrom Mühlau GmbH, Musmann GmbH, DAWI Kanalservice GmbH und der IKB Sonnenstrom GmbH.

Durch Beschluss des Aufsichtsrates in der Sitzung am 29. September 2015 wurde die Einführung eines Cash-Poolings mit der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft als Pool-Trägerin genehmigt. Zum 31. Dezember 2020 nehmen sieben Tochtergesellschaften am Cash-Pooling teil. Diese sind die drei in der ersten Stufe aufgenommenen Töchter Tiroler Flughafenbetriebsgesellschaft m.b.H., die Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH sowie die DAWI Kanalservice GmbH und die drei in der zweiten Stufe im Jahr 2016 in den Cash-Pool aufgenommenen Firmen Abfallbehandlung Ahrental GmbH, Musmann GmbH und Recycling Innsbruck GmbH. Im Jahr 2019 wurde die IKB Sonnenstrom GmbH, im Jahr 2022 die Innbus GmbH, die Innbus Regionalverkehr GmbH und die Innsbrucker Nord-

kettenbahnen GmbH in den Pool aufgenommen. Die Durchführung der Cash-Poolings erfolgt bis auf die Tiroler Flughafenbetriebsgesellschaft m.b.H. und die Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH bei allen Tochtergesellschaften über ein automatisches Cash-Pooling.

Anzahl Mitarbeiter:innen

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer:innen betrug im Geschäftsjahr 2022:

	Berichtsjahr	Vorjahr
Angestellte	472	451
- davon gestelltes Personal	71	80
Arbeiter:innen	248	245
- davon gestelltes Personal	44	48
Lehrlinge	40	40
SUMME	760	736

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft zeigte sich in der COVID-19-Krise als sehr stabiles Unternehmen. Trotz der mehrmaligen Lockdowns und die zeitweisen geschlossenen Bäder konnte in den letzten Jahren ein deutlich positives Ergebnis vor Steuern erzielt werden. Als Folge der Kriegshandlungen in der Ukraine sind im Wirtschaftsjahr die Energiepreise stark gestiegen. Mit den stark gestiegenen Energiepreisen gewinnen Maßnahmen zur Entlastung der Verbraucher:innen an Bedeutung. Als kommunales Versorgungsunternehmen wird die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft die sichere Grundversorgung mit Strom, Wasser und Internet sowie die verlässliche Entsorgung von Abfall und Abwasser gewährleisten. Die finanziellen Auswirkungen der energiewirtschaftlichen Entwicklung auf das Ergebnis im Jahr 2023 können derzeit nur grob abgeschätzt werden. Die berechneten Planwerte zeigen, dass mit einem deutlich positiven Jahresergebnis zu rechnen sein wird. Der Krieg in der Ukraine und seine Auswirkungen auf die Energiepreise sowie mögliche weitere Entlastungen für die Verbraucher:innen und die Entwicklung

der Eigenerzeugung können Einfluss auf die Ergebnisentwicklung haben. Trotzdem ist auch aufgrund der vorhandenen Liquidität der Fortbestand des Unternehmens gesichert.

Organe der Gesellschaft

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstandes betrugen im Geschäftsjahr 2022 816.851,33 Euro (787,4 TEuro). Die Aufschlüsselung der Angabe der Bezüge oder der Hinterbliebenenbezüge von früheren Mitgliedern des Vorstandes unterbleibt nach § 242 Abs 4 UGB. An die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden 40.800,00 Euro (40,5 TEuro) an Aufwandsentschädigungen und Aufsichtsratsvergütungen geleistet.

Der *Vorstand* der Gesellschaft setzt sich im Geschäftsjahr 2022 wie folgt zusammen:

- **DI Helmuth Müller**
Vorsitzender
- **DI Thomas Pühringer**
- **DI Thomas Gasser, MBA**

Der *Aufsichtsrat* setzt sich im Geschäftsjahr 2022 aus folgenden Personen zusammen:

- **Prof. Dr. Andreas Altmann**
Vorsitzender
- **Mag. Dr. Erich Entstrasser**
Stellvertreter des Vorsitzenden
- **DI Johann Herdina**
- **Mag. Hermann Meysel**
- **Mag. David Nagiller, B.Ed.**
- **Mag.^a Sonja Pitscheider**
- **Mag. Markus Stoll**
- **Andreas Wanker**

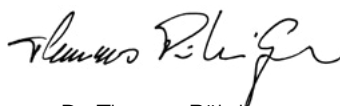
Vom *Betriebsrat* entsandt:

- **Christoph Martin**
- **Markus Paratscher**
- **Daniela Staud**
seit 1. Juli 2022
- **Verena Steinlechner-Graziadei**
bis 30. Juni 2022
- **Ing. Michael Tassenbacher**

Innsbruck, am 14. April 2023



DI Helmuth Müller
Vorsitzender des Vorstandes



Dr. Thomas Pühringer
Mitglied des Vorstandes



DI Thomas Gasser, MBA
Mitglied des Vorstandes

BESTÄTIGUNGSVERMERK

BERICHT ZUM JAHRESABSCHLUSS

Prüfungsurteil

bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2022 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den sondergesetzlichen rechnungslegungsbezogenen Bestimmungen des Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes (ELWOG) 2010.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise bis zum Datum dieses Bestätigungsvermerkes ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu diesem Datum zu dienen.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter und des Prüfungsausschusses für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den sondergesetzlichen rechnungslegungsbezogenen Bestimmungen des Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes (ELWOG) 2010 ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind

die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Ziele sind hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Gesellschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses

einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.

- Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.

Bericht zum Lagebericht

Der Lagebericht ist aufgrund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den sondergesetzlichen rechnungslegungsbezogenen Bestimmungen des Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes (ELWOG) 2010.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Lageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Lagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden und steht in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über die Gesellschaft und ihr Umfeld haben wir keine wesentlichen fehlerhaften Angaben im Lagebericht festgestellt

Auftragsverantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Mag. Michael Ahammer.



Innsbruck, 27. April 2023

Mag. Michael Ahammer Wirtschaftsprüfer
KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und
Steuerberatungsgesellschaft

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft hat in seiner Sitzung am 30.06.2023 nach Vorberatung im Prüfungsausschuss in seiner Sitzung am 19.06.2023 und unter Verweis auf den Bericht der Abschlussprüferin KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft einstimmig den Beschluss gefasst, der Hauptversammlung den nachfolgenden Bericht über das Geschäftsjahr 2022 zu erstatten:

Der für das Geschäftsjahr 2022 verantwortliche Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr 2022 in vier Aufsichtsratssitzungen, in vier Sitzungen des Präsidialausschusses und in zwei Sitzungen des Prüfungsausschusses die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben und Befugnisse wahrgenommen.

Besondere Aufmerksamkeit widmete der Aufsichtsrat im Berichtsjahr der Ausschreibung eines Mitglieds des Vorstandes im Rahmen der Sitzung vom 24.03.2022 und in der Folge der Bestellung desselben im Rahmen der Sitzung vom 21.06.2022 sowie den beiden großen Investitionsprojekten Trinkwasserstollen Mühlau und Anbindung des Abwasserverbandes Stubaital an die Abwasserreinigungsanlage Innsbruck.

Zur weiteren Verbesserung der Corporate Governance hat der Aufsichtsrat gemeinsam mit dem Vorstand im Geschäftsjahr 2022 für das Berichtsjahr 2021 zum zweiten Mal einen gesonderten Corporate Governance Bericht hinsichtlich der – teilweise gegenüber den gesetzlichen Anforderungen hinausgehenden – Bestimmungen der Corporate Governance-Leitlinien für Beteiligungsunternehmen der Landeshauptstadt Innsbruck erstellt, der dem Prüfungsausschuss zur Prüfung vorgelegt und auf der Webseite des Unternehmens veröffentlicht wurde. Die letzte externe Prüfung des Corporate Governance Berichts erfolgte für den für das Berichtsjahr 2020 vorgelegten Bericht durch die KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kudlichstraße 41, 4020 Linz.

Die Geschäftsführung des Vorstandes wurde vom Aufsichtsrat laufend aufgrund mündlicher und schriftlicher Berichterstattung über den Gang der Geschäfte und die Lage des Unternehmens kritisch begleitet. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat die jeweils zu bestimmten Geschäften erforderlichen Zustimmungen erteilt. Der Vorstand hat dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates monatlich und darüber hinaus gemäß § 81 AktG bei wichtigen Anlässen jeweils mündlich oder schriftlich berichtet.

Die KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kudlichstraße 41, 4020 Linz, hat den Jahresabschluss 2022 und den Konzernabschluss 2022 sowie den Lagebericht und den Konzernlagebericht des Vorstandes geprüft. Sie hat über das Ergebnis der Prüfung schriftlich berichtet und jeweils den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Nach Vorberatung im Prüfungsausschuss, die unter Beiziehung der Abschlussprüferin erfolgt ist, hat der Aufsichtsrat den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss und den Konzernabschluss, den Lagebericht und den Konzernlagebericht sowie den Vorschlag für die Gewinnverteilung in seiner Sitzung vom 30.06.2023 gebilligt. Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss, jeweils zum 31.12.2022, sind damit gemäß § 96 Abs 4 AktG festgestellt.

Der Aufsichtsrat schlägt der Hauptversammlung vor, die Firma KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft mit dem Sitz in 4020 Linz, Kudlichstraße 41, zur Abschlussprüferin der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 2023 zu bestellen.

Abschließend dankt der Aufsichtsrat dem Vorstand für das erreichte, wiederum sehr erfreuliche Ergebnis. Der gesamten Belegschaft werden Dank und Anerkennung für die erbrachte Tätigkeit und die gedeihliche Zusammenarbeit im Interesse des Unternehmens ausgesprochen.

Innsbruck, im Juni 2023



Prof. Dr. Andreas Altmann
Vorsitzender des Aufsichtsrates

CORPORATE-GOVERNANCE- BERICHT DER INNSBRUCKER KOMMUNALBETRIEBE AKTIENGESELLSCHAFT

für das Geschäftsjahr 2022

1. VORWORT

Die Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft (IKB) ist eine österreichische Aktiengesellschaft. Die Grundlagen für ihre Corporate Governance finden sich im österreichischen Recht, insbesondere im Aktiengesetz, in der Satzung der IKB, in den Corporate-Governance-Leitlinien für Beteiligungsunternehmen der Landeshauptstadt Innsbruck (CGLL) sowie in den Geschäftsordnungen der sozietären Organe.

Corporate Governance verfolgt das Ziel einer verantwortungsbewussten, auf nachhaltige und langfristige Schaffung von Werten ausgerichteten Leitung und Kontrolle von Unternehmen. Auf diese Weise sollen die vom Erfolg des Unternehmens abhängigen Interessen gewahrt werden.

Der Aufsichtsrat erstattet der Hauptversammlung jährlich einen Bericht im Sinne des § 96 AktG über seine Tätigkeit. Schon in der Vergangenheit wurden Informationen zu den Organen der Gesellschaft und den dort tätigen Personen sowie zu ihrer Vergütung im Geschäftsbericht veröffentlicht. Dieser enthält jährlich auch den Bericht des Aufsichtsrates an die Hauptversammlung. Der vorliegende „Corporate-Governance-Bericht der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 2022“ fasst diese und weitere Informationen, wie sie aufgrund einschlägiger Rechtsnormen sowie der am 25. April 2019 vom Innsbrucker Gemeinderat beschlossenen Corporate-Governance-Leitlinien für Beteiligungsunternehmen der Landeshauptstadt Innsbruck bereitzustellen sind, in einem eigenen Bericht zusammen. Die Beteiligungsunternehmen der IKB erstatten gesonderte Berichte, soweit diese dem Anwendungsbereich der CGLL unterliegen. Organe der Gesellschaft im Sinne dieses Berichtes sind der Aufsichtsrat und der Vorstand. Die Aktionärinnen Landeshauptstadt Innsbruck und TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG nehmen ihre Rechte als Anteilseignerinnen des Unternehmens in der Hauptversammlung wahr. Im Geschäftsjahr 2022 fand eine ordentliche Hauptversammlung am 21. Juni 2022 statt. Die ordentliche Hauptversammlung behan-

delte den Jahres- und Konzernabschluss 2021, die Gewinnverwendung (§ 104 Abs 2 Z 1 AktG), den Bericht des Aufsichtsrates gemäß § 96 Abs 1 AktG sowie den Corporate-Governance-Bericht für das Geschäftsjahr 2021. Darüber hinaus wurde die Entlastung der Mitglieder des Vorstandes und der Mitglieder des Aufsichtsrates sowie die Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2022 gefasst. Die Entscheidungen der Hauptversammlung werden in einer notariellen Niederschrift beurkundet (§ 120 AktG in Verbindung mit § 87 NO).

2. BEKENNTNIS ZU DEN LEITLINIEN

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der IKB sind den Grundsätzen guter Corporate Governance verpflichtet und entsprechen damit den Erwartungen der Stakeholder hinsichtlich einer verantwortungsbewussten, nachhaltigen und langfristig orientierten Unternehmensführung und -kontrolle. Die IKB bekennt sich zu den Corporate-Governance-Leitlinien für Beteiligungsunternehmen der Landeshauptstadt Innsbruck, soweit sie auf die IKB anwendbar sind. Vorstand und Aufsichtsrat erklären, dass sie bei der Ausübung ihrer Funktionen die Leitlinien im Geschäftsjahr 2022 angewandt und nach Maßgabe der in diesem Bericht angeführten Erläuterungen (insbesondere unten Punkt 10) beachtet haben.

3. ZUSAMMENWIRKEN VON VORSTAND UND AUFSICHTSRAT

Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat zeitnah und umfassend über alle relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung einschließlich der Risikolage, des Risikomanagements und wesentlicher Konzernunternehmen der IKB in regelmäßig stattfindenden Aufsichtsratssitzungen sowie im Rahmen der quartalsmäßigen Berichterstattung.

Aus wichtigem Anlass berichtet der Vorstand dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates unverzüglich. Außerdem berichtet er dem Aufsichtsrat unverzüglich über Umstände, die für die Rentabilität und Liquidität der Gesellschaft von erheblicher Bedeutung sind.

Der Vorstand stimmt die strategische Ausrichtung des Unternehmens mit dem Aufsichtsrat ab. In regelmäßigen Abständen wird der Stand der Strategieumsetzung mit dem Aufsichtsrat erörtert. Die Organmitglieder unterliegen im Rahmen ihrer Organtätigkeit einer strengen Vertraulichkeitsverpflichtung. § 9 der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates sowie § 9 der Geschäftsordnung des Vorstandes verpflichten jeweils zur Geheimhaltung aller bei Wahrnehmung der Funktion zukommenden Informationen als Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse. Die jeweilige Geheimhaltungsverpflichtung wirkt zudem auch über den Zeitraum der Zugehörigkeit zum Organ hinaus.

Unterlagen für Aufsichtsratssitzungen stehen im Regelfall eine Woche vor der jeweiligen Sitzung zur Verfügung.

Für Organmitglieder und leitende Angestellte der IKB besteht eine aufrechte D&O-Versicherung in angemessenem Ausmaß. Die Versicherungsdeckung erstreckt sich zudem auch auf das Management der Tochtergesellschaften sowie die Abfallbehandlung Ahrental GmbH und die Recycling Innsbruck GmbH. Die Kosten werden vom Unternehmen getragen. Geschäfte zwischen der IKB und deren Aufsichtsrats- bzw. Vorstandsmitgliedern unterliegen unter Beachtung der geltenden Rechtslage sowie der bestehenden Richtlinien einem besonderen Sorgfaltsmaßstab, wodurch das Auftreten von Interessenkonflikten vermieden werden soll. Im Geschäftsjahr 2022 wurden in diesem Sinne keine Geschäfte zwischen der IKB und den Mitgliedern des Aufsichtsrates bzw. des Vorstandes abgewickelt, die nicht auch anderen Kund:innen oder Geschäftspartner:innen in gleicher Weise offenstehen. Im Geschäftsjahr 2021 wurden Prozesse erarbeitet, die sicherstellen, dass „Related Party Transactions“ iSd § 238 Abs 1 Z 12 UGB standardisiert unter erhöhtem Sorgfaltsmaßstab geprüft und abgewickelt werden. Diese Prozesse und Kontrollen wurden für das Geschäftsjahr 2022 entsprechend den Vorgaben durchgeführt und in den Anhang des Jahresabschlusses 2022 wurde

erstmalig eine ausdrückliche Erklärung gemäß § 238 Abs 1 Z 12 UGB aufgenommen.

4. VORSTAND

4.1. Aufgaben, Zuständigkeit und Arbeitsweise

Gemäß österreichischen Aktiengesetzes leitet der Vorstand der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft die Gesellschaft unter eigener Verantwortung, wie es das Wohl des Unternehmens unter Berücksichtigung der Interessen der Arbeitnehmer:innen, der Aktionär:innen sowie der Öffentlichkeit erfordert. Kollegialität, Offenheit, ständiger Informationsaustausch und kurze Entscheidungswege zählen dabei zu den obersten Prinzipien. Dabei ist der Vorstand im Rahmen der Führung des Unternehmens an die Vorschriften der Gesetze, die Satzung sowie die vom Aufsichtsrat erlassene Geschäftsordnung für den Vorstand (§ 9 Abs 3 Satzung) gebunden und wahrt die Gebote der Rechtmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit sowie der Sparsamkeit. Die Vertretung der Gesellschaft erfolgt stets in kollektiver Vertretungsbefugnis (Vier-Augen-Prinzip). Kein Mitglied des Vorstandes ist zur selbständigen Vertretung befugt.

Der Vorstand berät in wöchentlichen Sitzungen den aktuellen Geschäftsverlauf, trifft im Rahmen dieser Sitzungen die notwendigen Entscheidungen und fasst die erforderlichen Beschlüsse. Die Mitglieder des Vorstandes befinden sich in ständigem gegenseitigen Informationsaustausch untereinander und mit den zuständigen Organisationseinheiten. Die Satzung, die Geschäftsordnung des Aufsichtsrates und des Vorstandes legen unter anderem jene Geschäfte fest, für deren Durchführung die vorherige Genehmigung des Aufsichtsrates erforderlich ist. Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend. Aus wichtigem Anlass berichtet der Vorstand dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates unverzüglich.

4.2. Zusammensetzung des Vorstandes

Der Vorstand besteht aus drei Mitgliedern.

Name	Funktion	Geburtsjahr	Datum Erstbestellung (Funktionsbeginn)	Ende Funktionsperiode
DI Helmuth Müller	Vorsitzender des Vorstandes	1958	24.9.2010 (1.1.2011)	31.12.2025
DI Thomas Gasser, MBA	Mitglied des Vorstandes	1969	29.9.2015 (1.1.2016)	31.12.2025
Dr. Thomas Pühringer	Mitglied des Vorstandes	1972	19.6.2017 (1.1.2018)	31.12.2027

Ressortverteilung per 31. Dezember 2022

DI Helmuth Müller	DI Thomas Gasser, MBA	Dr. Thomas Pühringer
Energieservices Informationstechnologie Konzernrevision Kundenservice Management Service Marketing und Public Relations Personal Strom-Netz Unternehmensentwicklung und Innovation	Strom-Erzeugung Strom-Vertrieb	Abfallwirtschaft Abwasser Bäder Juristische Services Telekommunikation Wasser Zentrale Services
Vorstandsservices und Compliance ¹		

4.3. Organmandate und vergleichbare Funktionen

DI Helmuth Müller

Stellvertreter des Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Tiroler Flughafenbetriebsgesellschaft m.b.H.
Vorsitzender des Aufsichtsrates der Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH

DI Thomas Gasser, MBA

Mitglied des Vorstandes der TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG
Mitglied des Aufsichtsrates der Tiroler Flughafenbetriebsgesellschaft m.b.H.

Dr. Thomas Pühringer

Mitglied des Aufsichtsrates der Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH
Mitglied des Aufsichtsrates der Tiroler Flughafenbetriebsgesellschaft m.b.H.
Mitglied des Beirates der Abfallbehandlung Ahrental GmbH

Die Gesellschafterrechte in den Generalversammlungen der Tochtergesellschaften bzw. Beteiligungen der IKB werden jeweils durch zwei Vorstandsmitglieder oder ein Vorstandsmitglied und einen Prokuristen wahrgenommen.

Neben den oben angeführten Organfunktionen der Vorstandsmitglieder üben diese keine Organfunktion oder Beratungsaufgabe aus, die einen Interessenkonflikt zur Tätigkeit als Vorstandsmitglied der IKB begründen könnte.

4.4. Bestellung und Entlohnung der Mitglieder des Vorstandes

Die Mitglieder des Vorstandes wurden im Einklang mit den Bestimmungen des Stellenbesetzungsgesetzes, BGBl. I Nr. 26/1998, bestellt. Alle Vor-

standspositionen wurden öffentlich ausgeschrieben. Im Geschäftsjahr 2022 wurde die Tätigkeit des Vorstandes mit 816.851,33 Euro vergütet. Die Festlegung des Vergütungssystems für die Vorstandsmitglieder erfolgt unter Einhaltung der Vorgaben des Aktiengesetzes (§ 78 Abs 1) durch den Aufsichtsrat.

4.5. Berichtspflichten über Ereignisse im Unternehmen

Zusätzlich zu Jahresabschluss und Lagebericht berichtet der Vorstand dem Aufsichtsrat unter Einhaltung der Vorgaben in § 7 der Geschäftsordnung für den Vorstand über das Budget, die operative Planung und die Strategie sowie das Risikomanagement, das interne Kontrollsystem und die Überprüfungen durch die interne Revision. Unterjährig informiert der Vorstand den Aufsichtsrat vierteljährlich über die Lage und Entwicklung des Unternehmens. Über besondere Vorkommnisse von wesentlicher Bedeutung erstattet der Vorstand unverzüglich Bericht an den Aufsichtsrat bzw. dessen Vorsitzenden.

5. LEITENDE ANGESTELLTE IM UNTERNEHMEN

In der IKB werden nur dann Personen zu leitenden Angestellten bestellt, wenn sie über die für diese Funktion erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen. Vertretungsberechtigungen – wie Handlungsvollmacht oder Prokura – werden ausschließlich jenen Mitarbeiter:innen erteilt, die das uneingeschränkte Vertrauen des Vorstandes genießen und die Vertretungskompetenz zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Die Vergabe einer solchen Außenvertretungsbefugnis erfolgt nur an Mitarbeiter:innen, die bereits mindestens ein Jahr in der leitenden Funktion im Unternehmen tätig sind. Sowohl Prokura als auch Handlungsvollmacht können nur nach Zustimmung des Aufsichtsrates erteilt

¹ Die Abteilung Vorstandsservices und Compliance (Risikomanagement, Compliancemanagement, Qualitäts- und Prozessmanagement, Datenschutzmanagement, Informationssicherheitsmanagement) ist der fachlichen Führung des Gesamtvorstandes unterstellt. Die disziplinarische Führung des Leiters dieser Organisationseinheit wird vom Vorsitzenden des Vorstandes wahrgenommen.

werden. Zum Kreis der leitenden Angestellten zählen die Geschäftsbereichsleiter:innen, Abteilungsleiter:innen und Stabsstellenleiter:innen. Im Geschäftsjahr 2022 zählten 39 Personen zum Kreis der leitenden Angestellten.

6. AUFSICHTSRAT

6.1. Aufgaben

Die wesentlichste Aufgabe des Aufsichtsrates ist die Auswahl und Bestellung bzw. allfällige Abberufung der Vorstandsmitglieder. Der Aufsichtsrat überwacht den Vorstand bei der Führung des Unternehmens regelmäßig und berät ihn in wesentlichen Angelegenheiten und Fragen. Er übt seine Tätigkeit auf Grundlage der Gesetze, der Satzung sowie der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates aus. Er erlässt überdies die Geschäftsordnung für den Vorstand, genehmigt das Budget und ist zur Feststellung des Jahresabschlusses berufen (§ 3 Geschäftsordnung Aufsichtsrat). Zudem trifft er alle Entscheidungen, die ihm aufgrund der Satzung und der Geschäftsordnungen des Aufsichtsrates und des Vorstandes vorbehalten sind.

6.2. Sitzungen des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2022 vier ordentliche Sitzungen abgehalten. Die Sitzungen des Aufsichtsrates und der Ausschüsse des Aufsichtsrates wurden teilweise als virtuelle Versammlungen unter Einhaltung der diesbezüglichen Vorschriften der gesellschaftsrechtlichen COVID-19-Verordnung (COVID-GesV), BGBl. II Nr. 140/2020 abgehalten. Besondere Aufmerksamkeit widmete der Aufsichtsrat im Berichtsjahr der Ausschreibung eines Mitglieds des Vorstandes im Rahmen der Sitzung vom 24. März 2022 und in Folge der Bestellung desselben im Rahmen der Sitzung vom 21. Juni 2022 sowie den beiden großen Investitionsprojekten Trinkwasserstollen Mühlau und Anbindung des Abwasserverbandes Stubaital an die Abwasserreinigungsanlage Innsbruck.

6.3. Zusammensetzung des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat der Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft besteht aus insgesamt zwölf Personen – acht von der Hauptversammlung gewählte Kapitalvertreter:innen und vier vom Betriebsrat entsandte Arbeitnehmervertreter:innen.

Dem Aufsichtsrat haben im Berichtsjahr folgende Mitglieder angehört:

Mitglieder des Aufsichtsrates	Geburtsjahr	Datum Erstbestellung	Planmäßiges Ende Funktionsperiode
Prof. Dr. Andreas Altmann Vorsitzender	1963	2.7.2021	Ord. HV 2026
Mag. Dr. Erich Entstrasser Stellvertretender Vorsitzender	1960	8.3.2013	Ord. HV 2026
DI Johann Herdina	1957	8.1.2016	Ord. HV 2026
Mag. Hermann Meysel	1964	6.3.2014	Ord. HV 2026
Mag. David Nagiller, B.Ed.	1979	2.7.2021	Ord. HV 2026
Mag. ^a Sonja Pitscheider	1969	2.7.2021	Ord. HV 2026
Mag. Markus Stoll	1969	20.2.2019	Ord. HV 2026
Andreas Wanker	1960	20.2.2019	Ord. HV 2026

Vom Betriebsrat gemäß § 110 ArbVG entsandt:

Mitglieder des Aufsichtsrates	Geburtsjahr	Datum der letzten Entsendung
Christoph Martiner	1980	2.4.2019
Markus Paratscher Vorsitzender des Betriebsrates seit 1.7.2022	1972	2.4.2019
Verena Steinlechner-Graziadei Vorsitzende des Betriebsrates	1958	2.4.2019 – 1.7.2022
Ing. Michael Tassenbacher	1987	2.4.2019
Daniela Staud	1986	1.7.2022

Alle Mitglieder des Aufsichtsrates haben erklärt, keine Organfunktion oder Beratungsaufgaben bei Mitarbeiter:innen des Unternehmens auszuüben, die einen Interessenkonflikt begründen könnten. Keines der Mitglieder des Aufsichtsrates übt mehr als die in den CGLL festgelegte Obergrenze an Mandaten in Überwachungsorganen aus. Im Berichtsjahr gab es kein Mitglied des Aufsichtsrates, das an mehr als der Hälfte der Sitzungen nicht teilgenommen hat.

6.4. Ausschüsse des Aufsichtsrates

Gemäß § 11 Abs 3 der Satzung ist der Aufsichtsrat befugt, aus seiner Mitte Aufsichtsratsausschüsse zu bilden und deren Aufgaben und Befugnisse festzulegen. Derzeit existieren ein Präsidialausschuss sowie ein Prüfungsausschuss.

Präsidialausschuss

Dieser besteht laut Geschäftsordnung des Aufsichtsrates mindestens aus drei Mitgliedern, wobei dem Präsidialausschuss jedenfalls der:die Vorsitzende und der:die Stellvertreter:in des:der Vorsitzenden des Aufsichtsrates angehören müssen. Derzeit ist der Präsidialausschuss mit sieben Aufsichtsratsmitgliedern (fünf Kapitalvertreter:innen und zwei vom Betriebsrat entsandte Vertreter:innen) besetzt. Diesem Gremium obliegt die Vorberatung und -bereitung von wichtigen Entscheidungen des Aufsichtsrates, er wird vor jeder Sitzung des Aufsichtsrates einberufen (§ 8 Abs 3 Geschäftsordnung Aufsichtsrat). Der Präsidialausschuss kann auch in dringenden Fällen die dem Aufsichtsrat obliegende Zustimmung zu einzelnen Geschäften gegen nachträgliche Berichterstattung an den Aufsichtsrat erteilen, wenn andernfalls ein Nachteil für die Gesellschaft droht.

Dem Präsidialausschuss haben im Berichtsjahr folgende Mitglieder angehört:

- Prof. Dr. Andreas Altmann (Vorsitzender)
- Mag. Dr. Erich Entstrasser
- DI Johann Herdina
- Mag.^a Sonja Pitscheider
- Mag. Markus Stoll
- Markus Paratscher (Arbeitnehmervertreter)
- Verena Steinlechner-Graziadei (Arbeitnehmervertreterin bis 30. Juni 2022)
- Ing. Michael Tassenbacher (Arbeitnehmervertreter ab 1. Juli 2022)

Im Berichtsjahr 2022 haben vier Sitzungen des Präsidialausschusses stattgefunden.

Prüfungsausschuss

Dieser besteht laut Geschäftsordnung des Aufsichtsrates aus einer vom Aufsichtsrat festzusetzenden Anzahl an Mitgliedern. Dem Gremium muss zumindest eine Person angehören, die über die Anforderungen des Unternehmens entsprechende

Kenntnisse und praktische Erfahrungen im Finanz- und Rechnungswesen sowie der Berichterstattung verfügt (Finanzexpert:in).

Zu den Kernaufgaben des Prüfungsausschusses zählen insbesondere die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des internen Revisionssystems sowie des Risikomanagements, der Abschlussprüfung und der Konzernabschlussprüfung, die Prüfung und Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, die Erstattung des Berichtes über das Ergebnis der Abschlussprüfung an den Aufsichtsrat, die Prüfung des Jahresabschlusses (Konzernabschlusses) und die Vorbereitung seiner Feststellung, die Prüfung des Vorschlages zur Gewinnverteilung, des Lageberichts (Konzernlageberichts) und des Corporate-Governance-Berichts sowie die Erstattung des Berichts über die Prüfungsergebnisse an den Aufsichtsrat. Aufgabe des Prüfungsausschusses ist auch die Durchführung des Verfahrens zur Auswahl des Abschlussprüfers. Er tagt mindestens zweimal im Geschäftsjahr (§ 8a Abs 1 ff Geschäftsordnung Aufsichtsrat, § 92 Abs 4a AktG). Dem Prüfungsausschuss haben im Berichtsjahr folgende Mitglieder angehört:

- Prof. Dr. Andreas Altmann (Vorsitzender, Finanzexperte)
- Mag. Dr. Erich Entstrasser (stellvertretender Vorsitzender)
- DI Johann Herdina
- Mag.^a Sonja Pitscheider
- Mag. Markus Stoll
- Markus Paratscher (Arbeitnehmervertreter)
- Verena Steinlechner-Graziadei (Arbeitnehmervertreterin bis 30. Juni 2022)
- Ing. Michael Tassenbacher (Arbeitnehmervertreter ab 1. Juli 2022)

Im Berichtsjahr haben zwei Sitzungen des Prüfungsausschusses stattgefunden.

6.5. Aufgaben des Vorsitzenden des Aufsichtsrates

Grundsätzlich hält der Vorsitzende regelmäßig Kontakt mit dem Vorstand und berät mit diesem in Vorbereitung der Sitzungen des Aufsichtsrates die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement. Er bereitet gemeinsam mit dem Vorstand die Sitzungen des Aufsichtsrates und die Sitzungen der Ausschüsse des Aufsichtsrates vor, leitet diese und verantwortet zusammen mit dem:der Protokollführer:in die Protokollerstellung. Auch koordiniert der Vorsitzende die Arbeit des Aufsichtsrates und vertritt ihn nach außen. Er leitet die Hauptversammlung. Im Geschäftsjahr 2022 wurde vom Aufsichtsrat die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft wiederbestellt. Der Vorsitzende des

Aufsichtsrates hat dieses Verfahren in Zusammenarbeit mit dem stellvertretenden Vorsitzenden vorbereitet und begleitet.

6.6. Vergütung von Mitgliedern des Aufsichtsrates

Im Geschäftsjahr 2022 wurden an den Aufsichtsrat Vergütungen in Höhe von 40.800,00 Euro ausbezahlt. Grundsätzlich erhält jedes Aufsichtsratsmitglied neben dem Einsatz seiner baren Auslagen und einem Anwesenheitsgeld für jede Sitzung (Sitzungsgeld) eine jährliche Aufwandsentschädigung (§ 16 Satzung). Die Höhe des Anwesenheitsgeldes und der Aufwandsentschädigung wird unter Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit sowie des Zeitaufwands durch Beschluss der Hauptversammlung festgesetzt.

6.7. Qualifikation und Unabhängigkeit des Aufsichtsrates

Zu Mitgliedern des Aufsichtsrates werden nur Personen bestellt, die über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen und in der Lage sind, die Aufgaben eines Mitglieds des Aufsichtsrates wahrzunehmen. Alle Mitglieder des Aufsichtsrates geben vor Antritt der Funktion eine Erklärung gemäß § 87 Abs 2 AktG ab und bestätigen damit, dass keine Umstände bestehen, die die Besorgnis einer Befangenheit als Mitglied des Aufsichtsrates der IKB begründen könnten, sowie dass keine geschäftlichen oder persönlichen Beziehungen zur IKB oder dem Vorstand bestehen, die einen materiellen Interessenkonflikt begründen würden oder dazu geeignet wären, das Verhalten als Mitglied des Aufsichtsrates zu beeinflussen. Zur Bescheinigung der fachlichen Qualifikation, der beruflichen und wesentlichen sonstigen Funktionen zum Zeitpunkt der Wahl bringen die Aspirant:innen einen Lebenslauf bei.

Eine möglichst paritätische Zusammensetzung des Aufsichtsrates mit Frauen und Männern ist angestrebt. Im Geschäftsjahr 2022 wurde die Diversität im Aufsichtsrat aufrechterhalten. Dem Aufsichtsrat gehörte im Geschäftsjahr 2022 kein ehemaliges Mitglied des Vorstandes an, für das die zweijährige Frist seit dem Ausscheiden aus dem Vorstand noch nicht abgelaufen ist („Cooling-off“-Phase). Die Unabhängigkeit des Aufsichtsrates ist gewährleistet.

7. TRANSPARENZ

Von der IKB veröffentlichte Informationen, die das Unternehmen betreffen, werden auf der IKB-Internetseite unmittelbar für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Hierzu zählen insbesondere der integrierte Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht und der ab dem Geschäftsjahr 2020 als eigenständiges Dokument auf der Internetseite veröffentlichte Corporate-Governance-Bericht.

8. INTERNE REVISION

Die IKB verfügt über eine interne Revision. Diese ist als eigene Organisationseinheit direkt dem Vorstand unterstellt. Jährlich ergehen entsprechende zusammenfassende Berichte an den Prüfungsausschuss und den Aufsichtsrat. Der Jahresbericht der internen Revision wird nach Behandlung im Prüfungsausschuss durch den Aufsichtsrat beschlossen. Die interne Revision orientiert ihre Tätigkeit an den internationalen Standards für die berufliche Praxis der Internen Revision, herausgegeben durch „The Institute of Internal Auditors“, veröffentlicht durch das Institut für Interne Revision Österreich – IIA Austria.

Seit 1. Jänner 2021 nimmt die interne Revision die Funktion einer Konzernrevision wahr, um so auch in den Konzerngesellschaften eine ordnungsgemäße Revisionsarbeit gemäß CGLL sicherzustellen.

9. ABSCHLUSSPRÜFUNG UND RECHNUNGSWESEN

Die aktuell geltenden CGLL sehen vor, dass nach fünf aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren ein neuer Abschlussprüfer bzw. eine neue Abschlussprüferin zu bestellen ist. Der Aufsichtsrat schlug deshalb nach einer öffentlichen Ausschreibung und einem Hearing im Prüfungsausschuss der Hauptversammlung im Geschäftsjahr 2020 vor, die Firma KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft (KPMG) mit der Abschlussprüfung zu beauftragen. Die Bestellung der KPMG zur Prüfungsgesellschaft erfolgte in der Hauptversammlung vom 2. Juli 2020. Die KPMG prüft die IKB im Geschäftsjahr 2022 zum dritten Mal in Folge.

Die IKB betreibt ein Rechnungswesen, das ein getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und eine fundierte Unternehmensplanung sowie durch eine geeignete Kosten- und Leistungsrechnung eine Kontrolle der Wirtschaftlichkeit ermöglicht. Das Rechnungswesen entspricht im Sinne des § 83 AktG den Anforderungen des Unternehmens. Der Vorstand berichtet in jeder ordentlichen Sitzung des Aufsichtsrates zur wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und legt den Jahresvoranschlag sowie den Jahresabschluss dem Prüfungsausschuss sowie dem Aufsichtsrat zur Beschlussfassung vor.

10. EINHALTUNG DER CORPORATE-GOVERNANCE-LEITLINIEN

Die CGLL wurden unter Verweis auf die nachfolgende Anmerkung im Geschäftsjahr 2022 eingehalten. Entgegen der Empfehlung der CGLL sind Mag. Dr. Erich Entstrasser und DI Johann Herdina sowohl Mitglieder des Aufsichtsrates als auch Aktionärsvertreter der TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG in der Hauptversammlung der IKB.

Der Vollständigkeit halber wird darauf hingewiesen, dass die Vergütung und Vertragslage der Vorstands-

mitglieder nicht den Richtlinien für Dienstverträge von Managerinnen und Managern (RDMM) unterworfen wurde. Die rechtskonforme Verankerung der RDMM wurde im Jahr 2020 vor allem auf die Vereinbarkeit mit dem Aktien- und Stellenbesetzungsgesetz geprüft. Die Umsetzung der RDMM ist mit den einschlägigen Normen nicht vereinbar, weshalb unter Berufung auf den Subsidiaritätsvorbehalt des § 1 Abs 3 der RDMM („Bei der Umsetzung dieser Richtlinien sind die rechtlichen Rahmenbedingungen zu beachten. Die Bestimmungen der Richtlinien sind nur insoweit anwendbar, als dadurch nicht gegen zwingende Rechtsnormen verstoßen wird.“) eine gesellschaftsrechtliche oder innerbetriebliche Verankerung der RDMM unterblieb.

11. ERGEBNIS DER EXTERNEN ÜBERPRÜFUNG DES BERICHTE

Im Einklang mit der Anordnung gemäß Punkt 13.2. der CGLL wurde der Corporate-Governance-Bericht für das Berichtsjahr 2020 einer externen Überprüfung unterzogen. Die mit der Prüfung beauftragte KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Kudlichstraße 41, 4020 Linz, hat festgestellt, dass die berichtsgegenständliche Entsprechenserklärung des Vorstandes und Aufsichtsrates hinsichtlich der Einhaltung der CGLL zutrifft.

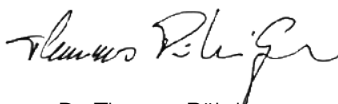
Innsbruck, im Juni 2023

Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft

Für den Vorstand



DI Helmuth Müller
Vorsitzender des Vorstandes

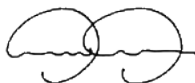


Dr. Thomas Pühringer
Mitglied des Vorstandes



DI Thomas Gasser, MBA
Mitglied des Vorstandes

Für den Aufsichtsrat



Prof. Dr. Andreas Altmann
Vorsitzender des Aufsichtsrates

KONZERN-BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2022

(Beträge in Euro)

AKTIVA	31.12.2022	31.12.2021
	EUR	TEUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	13.435.548,46	14.806
2. Geschäfts(firmen)wert	940.445,18	1.726
3. Geleistete Anzahlungen	36.103,54	28
	14.412.097,18	16.560
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	295.425.138,84	308.711
2. Technische Anlagen und Maschinen	342.845.890,12	336.104
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	108.250.293,90	117.052
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	57.737.336,91	31.528
	804.258.659,77	793.395
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an assoziierten Unternehmen	648.440,53	706
2. Beteiligungen	17.500,00	18
3. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	19.824.248,39	19.944
	20.490.188,92	20.668
	839.160.945,87	830.623
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	9.666.320,03	10.296
2. Noch nicht abrechenbare Leistungen	2.224.636,24	1.443
3. Geleistete Anzahlungen	0,00	0
	11.890.956,27	11.739
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 75.799.753,11 (VJ TEUR 64.137) davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 5.000.425,40 (VJ TEUR 4.501)		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 51.755.867,35 (VJ TEUR 42.724)	51.755.867,35	42.724
2. Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 1.213.898,53 (VJ TEUR 1.175) davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 0,00 (VJ TEUR 12)	1.213.898,53	1.175
3. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 22.829.987,23 (VJ TEUR 20.251) davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 5.000.425,40 (VJ TEUR 4.489)	27.830.412,63	24.739
	80.800.178,51	68.638
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		
	88.110.299,57	106.890
	180.801.434,35	187.267
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
	956.557,41	776
D. AKTIVE LATENTE STEUERN		
	1.732.341,93	1.992
SUMME AKTIVA	1.022.651.279,56	1.020.658

PASSIVA	31.12.2022	31.12.2021
	EUR	TEUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Eingefordertes und eingezahltes Grundkapital		
	10.000.000,00	10.000
II. Kapitalrücklagen		
1. Gebundene	104.036,99	104
2. Nicht gebundene	479.917.739,10	483.548
3. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	-1.142.263,68	-1.142
	478.879.512,41	482.510
III. Gewinnrücklagen		
1. Gesetzliche Rücklage	1.030.602,54	1.024
2. Andere Rücklagen (freie Rücklagen)	197.195.611,00	193.029
	198.226.213,54	194.053
IV. Bilanzgewinn davon Gewinnvortrag EUR 0,00 (VJ TEUR 0)		
	17.519.008,58	18.644
V. Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter		
	46.981.395,77	47.246
	751.606.130,30	752.453
B. INVESTITIONSZUSCHÜSSE		
	48.463.818,30	44.450
C. BAUKOSTENBEITRÄGE		
	49.818.787,56	49.710
D. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellungen für Abfertigungen	19.505.773,69	19.130
2. Rückstellungen für Pensionen	4.446.887,00	4.216
3. Steuerrückstellungen	93.414,00	94
4. Sonstige Rückstellungen	41.076.220,28	41.873
	65.122.294,97	65.313
E. VERBINDLICHKEITEN davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 75.602.317,02 (VJ TEUR 93.172) davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 29.672.854,62 (VJ TEUR 13.040)		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 2.477.748,21 (VJ TEUR 18.496) davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 25.024.632,54 (VJ TEUR 11.499)	27.502.380,75	29.995
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 6.555.858,24 (VJ TEUR 1.269) davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 520.874,21 (VJ TEUR 571)	7.076.732,45	1.839
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 37.178.461,26 (VJ TEUR 46.160) davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 705.543,81 (VJ TEUR 774)	37.884.005,07	46.933
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 10.125.795,38 (VJ TEUR 6.086) davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 267.050,00 (VJ TEUR 197)	10.392.845,38	6.283
5. Sonstige Verbindlichkeiten davon Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 19.264.453,93 (VJ TEUR 21.161) davon Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 3.154.754,06 (VJ TEUR 0) davon aus Steuern EUR 4.736.284,97 (Vorjahr TEUR 6.467) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 2.714.276,28 (Vorjahr TEUR 2.561)	22.419.207,99	21.161
	105.275.171,64	106.211
F. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
	2.365.076,79	2.521
SUMME PASSIVA	1.022.651.279,56	1.020.658

KONZERN-ANLAGENSPIEGEL 2022

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen					Buchwert	
	zum 1.1.2022	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	zum 31.12.2022	zum 1.1.2022	Zugänge	Zuschreibungen	Abgänge	zum 31.12.2022	zum 31.12.2022	zum 31.12.2021
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	47.890.149,84	1.744.036,87	241.291,72	191.439,18	49.584.334,17	33.084.595,70	3.302.070,73	0,00	237.880,72	36.148.785,71	13.435.548,46	14.805.554,14
2. Geschäfts(firmen)wert	10.489.045,37	0,00	0,00	0,00	10.489.045,37	8.763.136,46	785.463,73	0,00	0,00	9.548.600,19	940.445,18	1.725.908,91
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	28.278,61	15.580,28	0,00	-7.755,35	36.103,54	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	36.103,54	28.278,61
Summe immaterielles Anlagevermögen	58.407.473,82	1.759.617,15	241.291,72	183.683,83	60.109.483,08	41.847.732,16	4.087.534,46	0,00	237.880,72	45.697.385,90	14.412.097,18	16.559.741,66
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	634.116.911,91	2.645.527,46	6.741.174,54	743.463,74	630.764.728,57	325.405.347,38	14.954.472,45	4.566.042,49	454.187,61	335.339.589,73	295.425.138,84	308.711.564,53
2. Technische Anlagen und Maschinen	730.742.280,52	21.820.468,69	6.164.939,55	8.009.491,41	754.407.301,07	394.637.940,17	22.991.812,66	4.180,84	6.064.161,04	411.561.410,95	342.845.890,12	336.104.340,35
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	294.726.693,05	5.153.051,78	6.424.271,26	862.820,45	294.318.294,02	177.674.857,13	14.186.124,40	0,00	5.792.981,41	186.068.000,12	108.250.293,90	117.051.835,92
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	31.527.624,59	36.016.027,63	6.855,88	-9.799.459,43	57.737.336,91	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	57.737.336,91	31.527.624,59
Summe Sachanlagen	1.691.113.510,07	65.635.075,56	19.337.241,23	-183.683,83	1.737.227.660,57	897.718.144,68	52.132.409,51	4.570.223,33	12.311.330,06	932.969.000,80	804.258.659,77	793.395.365,39
III. Finanzanlagen												
1. Anteile an assoziierten Unternehmen	706.389,96	440.050,57	498.000,00	0,00	648.440,53	0,00	0,00	0,00		0,00	648.440,53	706.389,96
2. Beteiligungen	17.500,00	0,00	0,00	0,00	17.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	17.500,00	17.500,00
3. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	20.335.647,97	511.802,60	426.724,27	0,00	20.420.726,30	391.343,94	218.251,69	0,00	13.117,72	596.477,91	19.824.248,39	19.944.304,03
Summe Finanzanlagen	21.059.537,93	951.853,17	924.724,27	0,00	21.086.666,83	391.343,94	218.251,69	0,00	13.117,72	596.477,91	20.490.188,92	20.668.193,99
SUMME ANLAGEVERMÖGEN	1.770.580.521,82	68.346.545,88	20.503.257,22	0,00	1.818.423.810,48	939.957.220,78	56.438.195,66	4.570.223,33	12.562.328,50	979.262.864,61	839.160.945,87	830.623.301,04

KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis 31. Dezember 2022 (Beträge in Euro)

	2022 EUR	2021 TEUR
1. Umsatzerlöse	317.380.597,15	254.164
2. Veränderung des Bestands an noch nicht abrechenbaren Leistungen	736.979,52	380
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	7.117.620,57	8.422
4. Sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus dem Abgang vom und der Zuschreibung zum Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	8.524.065,27	225
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	2.218.371,27	1.435
c) Übrige	10.642.823,64	12.507
	21.385.260,18	14.167
Betriebsleistung	346.620.457,42	277.133
5. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen		
a) Materialaufwand	-95.048.176,16	-54.134
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-25.145.108,61	-22.129
	-120.193.284,77	-76.263
6. Personalaufwand		
a) Löhne	-35.664.899,15	-34.114
b) Gehälter	-42.558.181,37	-38.085
c) Soziale Aufwendungen		
aa) Aufwendungen für Altersversorgung	-1.237.864,15	-819
bb) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	-2.529.108,25	-2.147
cc) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-20.919.216,48	-19.658
dd) Übrige	-2.528.826,38	-2.339
	-27.215.015,26	-24.963
	-105.438.095,78	-97.162
7. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		
a) planmäßig	-56.219.943,97	-55.390
b) außerplanmäßig	0,00	-96
	-56.219.943,97	-55.486
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Steuern, soweit sie nicht unter Z. 18 fallen	-8.999.127,82	-7.179
b) Übrige	-52.593.336,75	-43.010
c) Personalgestellungsaufwand	-11.362.284,48	-12.081
	-72.954.749,05	-62.270
Betriebliche Aufwendungen	-354.806.073,57	-291.181
9. Zwischensumme aus Z. 1 bis 8 (Betriebserfolg)	-8.185.616,15	-14.048
10. Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	440.050,57	520
11. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	34.807,92	1.439
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	182.717,12	186
13. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen	104.033,05	1
14. Aufwendungen aus Finanzanlagen	-253.251,69	-45
davon Abschreibungen EUR 218.251,69 (VJ TEUR 45)		
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-985.251,73	-909
16. Zwischensumme aus Z. 10 bis 15 (Finanzerfolg)	-476.894,76	1.192
17. Ergebnis vor Steuern (Zwischensumme aus Z. 9 und Z. 16)	-8.662.510,91	-12.856
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-179.540,74	28
davon negative latente Steuern EUR 259.396,56 (VJ negative TEUR 9.502)		
19. Ergebnis nach Steuern	-8.842.051,65	-12.828
20. JAHRESFEHLBETRAG/-ÜBERSCHUSS	-8.842.051,65	-12.828
21. Anteile anderer Gesellschafter am Jahresergebnis	-665.812,44	4.287
22. Auflösung von nicht gebundenen Kapitalrücklagen	34.725.243,33	36.725
23. Zuweisung zu Gewinnrücklagen	-7.698.370,66	-9.540
24. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	0,00	0
25. BILANZGEWINN	17.519.009	18.644

Impressum

Herausgeberin:

Innsbrucker Kommunalbetriebe Aktiengesellschaft,
Salurner Straße 11, 6020 Innsbruck